

Zur Frage des Übergangsprogramms und unserer Forderungen zu Verstaatlichung



SAV Sozialistische
Alternative

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
Einige Fragen zur Arbeiterkontrolle und -verwaltung - ein Diskussionsbeitrag von Matt Wrack.....	15
Eine Antwort von Peter Taaffe.....	19
Historischer Hintergrund zu Verstaatlichung und Arbeiterverwaltung von Bill Mullins.....	25
Leo Trotzki: Nationalisierte Industrie und Arbeiterselbstverwaltung.....	32
Leo Trotzki: Die Gewerkschaften in der Epoche des imperialistischen Niedergangs.....	36

Titelbild: Im März 2002 besetzten, die Arbeiterinnen und Arbeiter von "Keramik Zanón" in Neuquén (Argentinien) ihre Fabrik und begannen unter Arbeiterkontrolle zu produzieren. Sie entschieden sich auch, dass alle den gleichen Lohn erhalten, sowie die ganze Verwaltung von ihnen übernommen wird.

Impressum

Herausgegeben von der Sozialistische Alternative – SAV im Juli 2009
V.i.S.d.P., Satz und Umschlaggestaltung: Holger Dröge
Druck: Eigendruck im Selbstverlag

Sozialistische Alternative – SAV, Littenstraße 106/107, 10179 Berlin
Telefon: (030) 24 72 38 02, Email: info@sav-online.de

Einleitung

von Sascha Stanicic

Die kapitalistische Weltkrise ist eine Bestätigung des Marxismus und stellt gleichzeitig eine Herausforderung für die MarxistInnen dar. Denn mit einer solch dramatischen Veränderung der gesellschaftlichen Lage, die das Denken der Massen enorm beeinflusst und die Verhältnisse zwischen den Klassen ebenfalls verändert, stellen sich die Aufgaben im Klassenkampf, in der Agitation und Propaganda und in der Formulierung und Präsentation des sozialistischen Programms neu. Wenn die Welt in eine neue Ära eintritt – und genau das geschieht gerade vor unseren Augen – ist der größte Feind der revolutionären Bewegung die Routine, die Trägheit, das starre Festhalten an alten Formeln. Große Veränderungen müssen in einer marxistischen Organisation dazu führen, dass sie ihre Arbeitsweise und ihr Programm auf den Prüfstand stellt und den neuen Bedingungen anpasst. Deshalb finden in der SAV seit einiger Zeit Diskussionen zu der Frage statt, wie die Idee des Sozialismus am Nachvollziehbarsten in die Arbeiterklasse und in die Klassenkämpfe getragen werden kann, welche Slogans und Parolen aufzustellen sind, welche Forderungen in den Mittelpunkt zu rücken sind und wie sie erläutert werden können. Diese Diskussionen sind nicht Ausdruck von politischen Meinungsverschiedenheiten, auch wenn sie hin und wieder kontrovers und lebhaft geführt werden, sondern Bestandteil des Lebens und der Weiterentwicklung einer marxistischen Organisation und ihres Programms. Sie müssen, insbesondere in Zeiten großer Veränderungen, ein permanenter Bestandteil des Lebens und der Tätigkeit einer revolutionär-marxistischen Organisation sein.

Wenn wir von einer Weiterentwicklung des marxistischen Programms sprechen, dann meinen wir damit nicht die grundsätzliche Programmatik des Marxismus. Diese kann man in einem Wort zusammen fassen: Sozialismus. Die Krise des kapitalistischen Systems und alle damit ursächlich zusammenhängenden Übel von Massenerwerbslosigkeit über Umweltzerstörung bis hin zu Kriegen sind nicht im Rahmen des Kapitalismus zu überwinden. Auf der Basis von Privateigentum an Produktionsmitteln, Marktkonkurrenz und Profitproduktion ist keine harmonische Entwicklung der Gesellschaft auf internationaler Ebene möglich und können die wachsenden Klassenunterschiede nicht überwunden werden. Sozialismus ist Notwendigkeit geworden, wie Rosa Luxemburg es schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts ausdrückte.

Doch ein marxistisches Programm besteht aus mehr als dem Sozialismus. Es besteht aus einem Katalog von Forderungen, Kampfvorschlägen, aus Strategie und Taktik, die zusammen einen Weg zum Sozialismus aufzeigen – und in einer Art und Weise formuliert und vorgetragen werden, dass sie in der Arbeiterklasse

und der Jugend Unterstützung mobilisieren, zu einer materiellen Kraft werden können. Ein marxistisches Programm ist deshalb untrennbar mit der Methode verbunden, in der es ausgearbeitet wird.

Diese Methode nennen wir 'Übergangsmethode' und wir stellen ein 'Übergangsprogramm' auf. Mit Übergangsprogramm meinen wir nicht einen Text – auch nicht das unter diesem Namen in die Geschichte eingegangene Gründungsdokument der Vierten Internationale von 1938. Die Methode, die diesem Dokument zu Grunde liegt und darin von Trotzki auch erklärt wird, wurde in der revolutionär-marxistischen Arbeiterbewegung schon vor Trotzki entwickelt und angewendet. Trotzki's Verdienst war die umfassende Formulierung der Konzeption von Übergangsforderungen.

Schon im Kommunistischen Manifest finden wir am Ende des zweiten Abschnitts einen Katalog von Forderungen, die die Aufgaben der Arbeiterklasse nach der politischen Machtergreifung beschreiben. Diese Forderungen werden oft als Übergangsforderungen bezeichnet, auch wenn sie tatsächlich eher die Aufgaben nach der Machteroberung beschreiben, als die Aufgaben im Übergang zu derselben.

Lenins Text "Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll" aus dem Revolutionsjahr 1917 ist ein weiteres Dokument, das den Charakter eines Übergangsprogramms hat.

Vor allem aber gab es auf dem dritten und vierten Weltkongress der Kommunistischen Internationale (Komintern) eine intensive Debatte zum Programm. Diese mündete in der Aufforderung an alle Sektionen, nationale Programme zu erarbeiten, in denen Übergangsforderungen eine zentrale Rolle spielen sollten.

Komintern-Debatten

Ein Übergangsprogramm ist nicht gleichbedeutend mit einem Programm des Sozialismus, in dem Sinne, dass es nicht die grundlegenden Prinzipien des Marxismus und einer sozialistischen Gesellschaft darlegt.

Ein Übergangsprogramm formuliert die Aufgaben, die zur Machteroberung der Arbeiterklasse weisen. Es erkennt den Widerspruch zwischen der objektiven Reife der Bedingungen für den Sozialismus und der Unreife der Arbeiterklasse an.

Nach den verlorenen Revolutionen in Deutschland, Ungarn, Italien nach dem Ersten Weltkrieg diskutierte die Komintern die Notwendigkeit erst die Massen für die Kommunistischen Parteien zu gewinnen, bevor man die Macht erobern kann. Dies führte zu Diskussionen über die Einheitsfrontmethode und über Übergangsforderungen.

Allgemein gesprochen schlagen Übergangsforderungen die Brücke zwischen dem

Bewusstsein der Arbeiterklasse und dem Ziel der Machteroberung zum Sturz des Kapitalismus. Der Ausgangspunkt für das Aufstellen einer Forderung ist dabei nicht das Bewusstsein der Arbeiterklasse, sondern die objektiven Notwendigkeit des Sozialismus und die objektiven materiellen Möglichkeiten. Es muss also immer klar sein, wohin der Übergang gehen soll. Das heißt, dass der Sozialismus nicht versteckt werden darf, nur weil es kein sozialistisches Massenbewusstsein gibt. Die Frage, die sich in diesem Fall stellt ist, wie die Brücke vom bestehenden Bewusstsein zum Sozialismus geschlagen wird. Das Übergangsprogramm hebt also die Trennung in Minimal- und Maximalprogramm auf, wie es von der alten Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg praktiziert wurde.

Natürlich fanden die Diskussionen in der Komintern und der Vierten Internationale in einer anderen historischen Periode, einer revolutionären oder vor-revolutionären Situation statt.

Trotzki schrieb 1938 den berühmten Satz: „Die geschichtliche Krise der Menschheit läuft auf die Krise der revolutionären Führung hinaus“.

Das Komitee für eine Arbeiterinternationale (KAI/CWI), dem die SAV angeschlossen ist, hat in den letzten 20 Jahren erklärt, dass heute diese Krise eine umfassendere und tiefer gehendere ist, die sowohl die Führung, aber auch das Bewusstsein und die Organisation der Arbeiterklasse umfasst. Daraus haben wir die „doppelte Aufgabe“ für MarxistInnen abgeleitet: Einerseits den Aufbau der revolutionär-marxistischen Organisation, andererseits die Verbreitung sozialistischen Bewusstseins und der Aufbau breiter Organisationen der Arbeiterklasse, wie neuer Arbeiterparteien in vielen Ländern.

Die aktuelle Weltkrise des Kapitalismus lässt uns aber in eine neue Periode von Revolution und Konterrevolution eintreten. Tatsächlich beginnt nun eine Zeit, in der viele der im Übergangsprogramm der Vierten Internationale von 1938 aufgestellten Forderungen wieder höchste Aktualität entwickeln.

Minimalforderungen

Gleichzeitig muss betont werden, dass ein Übergangsprogramm die Forderungen des Minimalprogramms, also Tagesforderungen, nicht aufhebt und es ohnehin nicht darum geht sich über die Charakterisierung einzelner Forderungen zu streiten. Der Charakter einer Forderung als Übergangsforderung ergibt sich eher aus der Gesamtheit eines Forderungskatalogs.

Dies wird auch aus den beiden folgenden Zitaten deutlich. In einer Resolution des dritten Weltkongresses der Komintern heißt es:

„Nicht die Existenz- und Konkurrenzfähigkeit der kapitalistischen Industrie, noch

die Tragfähigkeit der kapitalistischen Finanzwirtschaft sollen die kommunistischen Parteien beachten, sondern die Grenzen der Not, die das Proletariat nicht ertragen kann und nicht ertragen darf. Wenn die Forderungen dem lebhaften Bedürfnis breiter proletarischer Massen entsprechen, wenn diese Massen von dem Empfinden erfüllt sind, dass sie ohne Verwirklichung dieser Forderungen nicht existieren können, dann werden die Kämpfe um diese Forderungen zu Ausgangspunkten des Kampfes um die Macht. An Stelle des Minimalprogramms der Reformisten und Zentristen setzt die Kommunistische Internationale den Kampf um konkrete Bedürfnisse des Proletariats, um ein System von Forderungen, die in ihrer Gesamtheit die Macht der Bourgeoisie zersetzen, das Proletariat organisieren, Etappen im Kampfe um die proletarische Diktatur bilden und deren Wege für sich dem Bedürfnis der breitesten Massen Ausdruck verleihen, auch wenn diese Massen noch nicht bewusst auf dem Boden der proletarischen Diktatur stehen.“

Im "Übergangsprogramm" von 1938 schreibt Trotzki: „Die Vierte Internationale verwirft die Forderungen des alten Minimalprogramms nicht, soweit sie sich noch einige Lebenskraft bewahrt haben. Sie verteidigt unermüdlich die demokratischen Rechte und sozialen Errungenschaften der Arbeiter. Aber sie leistet diese Alltagsarbeit im Rahmen der richtigen, realen, das heißt revolutionären Perspektive. Sofern die alten 'minimalen' Teilforderungen der Massen mit den zerstörerischen und entwürdigenden Tendenzen des verfallenden Kapitalismus zusammenstoßen - und die geschieht auf Schritt und Tritt - stellt die Vierte Internationale ein System von Übergangsforderungen auf, deren Sinn darin besteht, dass sie sich immer offener und entschiedener gegen die Grundlagen der bürgerlichen Herrschaft selbst richten. Das alte 'Minimalprogramm' wird aufgehoben vom Übergangsprogramm, dessen Aufgabe darin besteht, die Massen systematisch für die proletarische Revolution zu mobilisieren.“

Heute gilt auch, dass Teilforderungen nur auf Basis von Massenmobilisierungen durchsetzbar sind und schnell die System- und Machtfrage aufwerfen können. Dies nicht, weil es nicht die materiellen Voraussetzungen für ihre Umsetzung gäbe, sondern weil die Kapitalisten die Umsetzung dieser Forderungen aus ihrer Profitlogik heraus verweigern. Marx schrieb, dass die Minimalforderungen der Sozialdemokratie „in der kapitalistischen Gesellschaft realisierbar waren, und darum revolutionär wirkten, weil die kapitalistische Gesellschaft diese realisierbaren, für die Arbeiterklasse notwendigen Forderungen immer wieder ablehnte.“

Übergangsforderungen

Was sind nun Übergangsforderungen? Der Untertitel des "Übergangsprogramms" lautet: „Die Mobilisierung der Massen durch Übergangsforderungen zur Vorbereitung der Machteroberung.“ Die entscheidenden Begriffe hier sind: Mobilisie-

rung und Machteroberung.

Übergangsforderungen sind nicht nur oder in erster Linie materielle Forderungen, deren Durchsetzung die Abschaffung des Kapitalismus zur Voraussetzung hat. Das ist sicher ein wichtiges Element und gilt für Forderungen wie die nach einer gleitenden Lohnskala, einer radikalen Arbeitszeitverkürzung oder einem Mindestlohn und einer Mindestrente.

Ebenso sind Forderungen entscheidend, die die Eigentumsfrage aufwerfen. Also Forderungen nach der Enteignung bestimmter Unternehmen (zum Beispiel solcher, die Massenentlassungen planen), der Rücknahme von Privatisierungen und der Überführung der Banken und Konzerne in öffentliches Eigentum. Wir würden solche Forderungen natürlich immer als notwendige Mittel zur Verteidigung von Arbeitsplätzen, Dienstleistungen und so weiter präsentieren.

Aber für Übergangsforderungen und für ein Übergangsprogramm ist der mobilisierende Charakter von Forderungen entscheidend. das heißt auch, dass Forderungen die Fragen des Klassenkampfes, der Kampforgane, der Selbstaktivität und Selbstorganisation der Arbeiterklasse beantworten müssen. Es bedeutet auch, dass materielle Forderungen in diesem Zusammenhang aufgestellt werden müssen und die Durchsetzung der Forderung nicht ausgeklammert werden darf. Ein Übergangsprogramm dient dazu, dass die Arbeiterklasse Klassenbewusstsein entwickelt, von einer "Klasse an sich" zu einer "Klasse für sich" wird, also zum historischen Subjekt wird.

Das bedeutet auch, dass Forderungen nicht passiv an Dritte gerichtet werden. Weder an den bürgerlichen Staat, noch an die Gewerkschaftsführung, wenn dies natürlich auch nicht bedeutet, dass bestimmte Forderungen in diese Richtung aufgestellt werden.

Die Überschriften der ersten Kapitel des Gründungsprogramms der Vierten Internationale lauten:

1. Gleitende Skala des Lohns und der Arbeitszeit
2. Gewerkschaften
3. Fabrikkomitees
4. Arbeiterkontrolle
5. Enteignung
6. Streikposten, Arbeitermiliz etc.

Diese Überschriften drücken die Orientierung auf die Schaffung von Kampforganen und Machtbastionen der Arbeiterklasse aus. Das Ziel ist, dass die ArbeiterIn-

nen ihre Geschicke in die eigenen Hände nehmen.

Aber auch diese Forderungen müssen am Bewusstsein der Arbeiterklasse und am Stand der Klassenkämpfe anknüpfen. Zum Beispiel hat sich der Umgang von MarxistInnen zu Fragen der Gewerkschaften und der Fabrikkomitees im Laufe der Jahre verändert.

Lenin und Trotzki waren davon ausgegangen, dass die Gewerkschaften nicht die Mehrheit der Arbeiterklasse organisieren können. Fabrikkomitees sollten also in Zeiten zugespitzter Klassenkämpfe dazu dienen, breiteste Schichten der ArbeiterInnen zu organisieren. Nach dem Zweiten Weltkrieg gelang es den reformistischen Gewerkschaften in einigen Ländern den Organisationsgrad auf über 50 Prozent, teilweise auf über 80 Prozent zu steigern. Das hob die Forderung nach Fabrikkomitees zum Teil auf. Peter Taaffe schreibt in einem Text aus der Mitte der 90er Jahre zum Übergangsprogramm, dass in Großbritannien die Shop Stewards' Committees (Vertrauensleutekörper) faktisch die Funktion von Fabrikkomitees übernommen hatten. Heute stellt sich die Frage vor dem Hintergrund der Veränderungen in der Arbeiterklasse, Schwächungen der Gewerkschaften in vielen Ländern und Entwicklung neuer Industrien und Firmen mit niedrigem Organisationsgrad neu. Wir haben in den letzten Monaten häufiger die Frage unabhängiger Streikkomitees aufgeworfen. Diese Forderung ist sicher nicht bei jedem Streik und zu jedem Zeitpunkt passend, aber grundsätzlich müssen wir Wege finden, Parolen aufzuwerfen, die den ArbeiterInnen helfen, die Kontrolle über ihre eigenen Kämpfe zu erlangen. Gleichzeitig sind dazu ergänzend Forderungen nach demokratischen und kämpferischen Gewerkschaften von entscheidender Bedeutung.

Ebenso ist die Forderung nach neuen Arbeiterparteien ein zentraler Bestandteil unseres Programms in vielen Ländern. 1938 galt das für die USA, aber sonst für die wenigsten Länder aufgrund der Existenz der großen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterparteien.

Die Forderung nach Arbeitermilizen, die von ultra-linken Gruppen bei jeder Gelegenheit aufgeworfen wird, entspricht weder dem Bewusstsein der Arbeiterklasse noch der derzeitigen Kampfetappe. Und nicht nur das: unter den bestehenden Bedingungen ist sie sogar ein Hindernis, um ArbeiterInnen auf die Brücke in Richtung Sozialismus zu führen. Wir können dazu nur sagen: Jedes Gemüse hat seine Saison! Die Frage nach Arbeitermilizen stellt sich heute in dem revolutionären Prozess in Venezuela und dort werfen unsere GenossInnen Parolen dieser Art auf. In den entwickelten kapitalistischen Staaten gilt das nicht. Wir erklären die Idee aber in historischen Artikeln und in Texten, die unser Programm zum Beispiel zu Venezuela erklären. Damit machen wir deutlich, dass wir die Idee von Arbeitermilizen grundsätzlich vertreten.

Wenn wir also prüfen wollen, ob Programme einen Übergangscharakter haben, ist entscheidend, ob sie erstens die Verbindung zu aktuellen Kämpfen und dem bestehenden Bewusstsein ziehen, zweitens die Eigentumsfrage aufwerfen und drittens zur Mobilisierung von Kämpfen und Entwicklung des Klassenbewusstseins dienen. Unsere Broschüre „Wer wir sind und was wir wollen“ beinhaltet zwar aufgrund des Stands der Klassenkämpfe zwangsläufig sehr viele Tagesforderungen, entspricht aber sicher der Charakterisierung als Übergangsprogramm. Sie führt konsequent zu den Schlussfolgerungen die Eigentums- und Machtverhältnisse zu ändern und die Selbstorganisation der Arbeiterklasse voran zu treiben.

Dabei können wir unsere Fähigkeit die Verbindungen von materiellen Forderungen zu Fragen der Arbeitermacht herzustellen sicher noch verbessern. Das gilt vor allem für die wichtige Frage der Arbeiterkontrolle.

Zum Beispiel stellt sich bei der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich die Frage, wer über den Personalausgleich entscheidet und die Arbeitsintensivierung verhindern kann. Dazu könnte man die Bildung entsprechender Kontrollkomitees durch die Belegschaft fordern, die Veto-Recht in Fragen der Arbeitsplatzbeschreibungen haben.

Ein anderes Beispiel sind betriebliche Kämpfe, wie der Kampf beim Bosch-Siemens-Hausgerätewerk (BSH) in Berlin im Jahre 2006. Hier haben wir die Besetzung der Fabrik gefordert. Es kann in solchen Kämpfen sinnvoll sein, die Fortführung der Produktion unter eigener Regie der Belegschaft zu fordern. Allerdings sollte dies immer in Verbindung mit der Forderung nach Verstaatlichung des Unternehmens bzw. der ganzen Branche und auch nach Wirtschaftsplanung geschehen, um Illusionen in genossenschaftliche Lösungen zu verhindern.

Verstaatlichung und Arbeiterkontrolle und -verwaltung

Angesichts der neuen Weltlage stellt sich auch die Frage nach der Präsentation unserer Forderungen für Verstaatlichung von Produktionsmitteln und für Arbeiterkontrolle und Arbeiterverwaltung. ~~Bevor wir aber über die Präsentation unseres Programms sprechen, müssen wir sicher stellen, dass der Inhalt des Programms klar ist.~~ Gerade hinsichtlich der Forderungen nach Verstaatlichung gibt es unter Linken einige Debatten und Unklarheiten. So gibt es Linke, die aus einer abstrakten Opposition gegen 'Staatliches' im allgemeinen, äußern, dass sie Verstaatlichung ablehnen. Diese sprechen dann stattdessen von Vergesellschaftung, Genossenschaften oder Gemeineigentum. Manche bringen damit zum Ausdruck, dass sie erst nach der Überwindung des Kapitalismus die Eigentumsform an den Produktionsmitteln ändern wollen, andere sprechen sich bewusst für gemischte Eigentumsformen aus.

MarxistInnen sind für Verstaatlichung von Produktionsmitteln. Und zwar sowohl jetzt und hier, also im Rahmen der noch bestehenden kapitalistischen Gesellschaft. Und auch nach einer erfolgreichen sozialistischen Revolution, in einem dann zu bildenden Arbeiterstaat. Denn nur ein Staat – zumindest so lange staatliche Strukturen noch nicht überwunden sind – ist in der Lage die gesamtgesellschaftlichen Interessen in der Wirtschaft zu berücksichtigen, nötigen finanziellen Ausgleich zwischen verschiedenen Wirtschaftsbereichen zu ermöglichen, Investitionen sinnvoll zu planen, Marktgesetze auszuhebeln und für den Absatz der produzierten Güter zu sorgen. Die frühere staatliche Post war in Grenzen ein Beispiel für die Möglichkeiten des Staates. Dort wurden defizitäre Bereiche durch den Gewinn anderer Bereiche subventioniert, um die Dienstleistungen für die breite Masse bezahlbar zu gestalten.

Gleichzeitig besteht ein Problem mit dem Begriff 'Verstaatlichung', denn er löst in Teilen der Arbeiterklasse negative Assoziationen aus – sowohl mit den stalinistisch-bürokratischen Verstaatlichungen in der DDR, als auch mit bürokratischen kapitalistischen, und zudem profitorientierten, Verstaatlichungen in der Bundesrepublik. Dieser Konfrontation können wir nicht aus dem Weg gehen, wir können nur versuchen einen Weg zu finden, den Inhalt unserer Forderung zu betonen und in den Mittelpunkt der Debatte zu stellen. Das haben wir in der Vergangenheit dadurch getan, dass wir andere Begriffe benutzt haben, um überhaupt in den Dialog mit der Arbeiterklasse zu kommen: Überführung in öffentliches Eigentum bzw. in Gemeineigentum. Oder wir haben Parolen benutzt wie: 'Opel in Arbeiterhand!' oder von Enteignung gesprochen. Es ist absolut korrekt in solchen Fragen flexibel zu sein und es kann richtig sein, Begriffe zu benutzen, die interpretierbar sind. Aber wir müssen sie immer mit unserem Inhalt füllen. Der Begriff 'Gemeineigentum' kann auch genossenschaftliches Eigentum bedeuten. Enteignung benennt erst einmal nur, dass man derzeitigen Eigentümern ihr Eigentum weg nimmt, aber noch nicht die neue Eigentumsform. Der Begriff 'Vergesellschaftung' hingegen ist theoretisch für eine Übergangsforderung falsch, weil er den Eindruck vermittelt, es könne in der jetzigen Situation eine Gesellschaft geben, die nicht staatlich konstituiert ist. Wir sollten ihn nicht verwenden, weil er nicht zu Klarheit beiträgt. Gleichzeitig würden wir nicht unbedingt gegen die Verwendung des Begriffs argumentieren, wenn er in einer Arbeiterversammlung aufgestellt wird, sondern einen Weg finden, ihn mit marxistischem Inhalt zu füllen.

Abgrenzung von Kapitalismus und Stalinismus

Entscheidend ist, dass wir eine Abgrenzung unserer Forderung nach Verstaatlichung vom Stalinismus und auch, gerade in der aktuellen Periode von zunehmenden kapitalistischen Verstaatlichungsmaßnahmen, vom Kapitalismus deutlich machen. Dabei ist der Zusatz von demokratischer Arbeiterkontrolle und Arbeiterver-

waltung der Schlüssel. Dieser muss aber auch flexibel auf unterschiedliche konkrete Situationen angewendet werden. Unsere Formulierungen hängen auch davon ab, ob wir vor einer Arbeiterversammlung eines von Schließung betroffenen Betriebs eine Rede halten oder zum Beispiel in einem Flugblatt für einen Parteitag der Partei DIE LINKE Programmpunkte kommentieren und vorschlagen. Es kann notwendig sein, zugespitztere und kürzere Formulierungen zu finden. Zum Beispiel: "Verstaatlichung im Interesse der Arbeiterinnen und Arbeiter" oder "Verstaatlichung nicht für die Rettung der Profite, sondern für die Rettung der Arbeitsplätze". In unserer allgemeineren Propaganda kann auch die Begrifflichkeit "sozialistische statt kapitalistische Verstaatlichung" sinnvoll sein. Das gilt sicher nicht in einer agitatorischen Rede vor dem Betriebstor zum Beispiel der Rostocker Werft, kann aber zu Klarheit in einer Rede vor einem LINKE-Parteitag beitragen. Gleichzeitig müssen wir immer deutlich machen, dass wir dagegen sind Verstaatlichungen nur als vorübergehende Maßnahmen einzusetzen und wir dagegen sind, dass nur verlustbringende Wirtschaftsbereiche verstaatlicht werden.

Auch die Frage der Entschädigung sollten wir konkretisieren. In der Vergangenheit haben wir die Forderung "Entschädigung nur bei erwiesener Bedürftigkeit" aufgestellt. Das war eher eine rhetorische Formulierung, da die Kapitalisten und Großaktionäre in der Regel nicht bedürftig waren. Angesichts eines größeren Aktienbesitzes unter Arbeiterinnen und Arbeitern, sollten wir heute fordern, dass es Entschädigung nur für Kleinaktionäre bis zu einer – noch festzulegenden – Summe sind.

Die Forderung nach Verstaatlichung bei demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung ist eine Übergangsforderung. Das bedeutet, dass wir sie nicht nur auf einen Arbeiterstaat oder eine sozialistische Gesellschaft beziehen. Wir stellen sie auch auf, bezogen auf konkrete Situationen, in denen wir hier und jetzt die Verstaatlichung bestimmter Unternehmen oder Industriezweige fordern. Mit der tiefen Krise, werden jetzt wieder Situationen entstehen, wo die Forderung nach Verstaatlichung bestimmter Unternehmen zur konkreten Kampfforderung wird. Gleichzeitig ist nicht ausgeschlossen, dass der kapitalistische Staat sich zu Verstaatlichungen gezwungen sieht. Für solche Fälle müssen wir konkret beantworten, wie wir uns die Kontrolle und Verwaltung eines solchen verstaatlichten Betriebs vorstellen.

Wenn es um die allgemeine, propagandistische Forderung der Verstaatlichung der 150 größten Banken und Konzerne geht, reicht eine allgemeine Forderung nach demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung. In unserer Broschüre „Wer wir sind und was wir wollen“ schreiben wir „durch gewählte VertreterInnen von Belegschaftskomitees und VertreterInnen der arbeitenden Bevölkerung“. Diese Forderung weist auf die Notwendigkeit der sozialistischen Veränderung der Gesell-

schaft direkt hin, wirft die Frage nach Wirtschaftsplanung, Umstellung der Produktion in bestimmten Bereichen etc. auf.

Aber was sagen wir dem kämpfenden Arbeiter bei Opel, dem wir vorschlagen jetzt und hier - ohne dass die sozialistische Revolution in Sicht ist - für die Verstaatlichung seines Betriebs zu kämpfen?

Es gibt Linke, wie zum Beispiel Ernest Mandel, die jede Beteiligung an der Verwaltung verstaatlichter Betriebe im Rahmen des Kapitalismus ablehnen, weil sie davon ausgehen, dass dies bei den ArbeitervertreterInnen in Verwaltungsorganen nur zur Übernahme der Profitlogik führen könne und in Mitbestimmungsmodellen, wie wir sie in Deutschland kennen, mündet. Mandel argumentiert, dass man sich im Rahmen des Kapitalismus auf Arbeiterkontrolle beschränken müsse.

Wir sagen, dass eine solche negative Haltung ArbeiterInnen in einer konkreten Situation beim Kampf um Verstaatlichung oder im Falle von Verstaatlichung schwer vermittelbar ist und sie dadurch gerade reformistischen Mitbestimmungsmodellen zugetrieben würden.

Wie in den Texten in dieser Broschüre dargelegt wird, besteht keine chinesische Mauer zwischen Arbeiterkontrolle und -verwaltung und kann die allgemein gültige Aussage, dass Arbeiterkontrolle eine Phase des Klassenkampfes im Rahmen des Kapitalismus darstellt, während Arbeiterverwaltung erst nach der Machtergreifung der Arbeiterklasse zum Tragen kommt, nicht statisch angewendet werden. Es kann Situationen geben (und gab sie), wo der Kampf um Arbeiterverwaltung von im Rahmen des Kapitalismus verstaatlichten Betrieben geführt wird und sogar Erfolge erzielen kann. Diese Frage stellt sich zweifellos heute in einigen verstaatlichten Unternehmen Venezuelas, hat sich in der Vergangenheit in Großbritannien nach dem Zweiten Weltkrieg und in Mexiko in den dreißiger Jahren gestellt, worauf sich die Texte in dieser Sammlung beziehen. In solchen Situationen können Revolutionäre nicht die Notwendigkeit der Bildung von Arbeiterräten als Organen der Arbeitermacht und der Arbeiterverwaltung aufwerfen, wenn die existierende Stufe des Klassenkampfes die Bildung der Räte nicht auf die Tagesordnung setzt. Trotzki hat im Zusammenhang mit der mexikanischen Erfahrung darauf hingewiesen, dass es dann die Aufgabe von Arbeiterorganisationen ist, die Positionen in Verwaltungsorganen als Plattform für den revolutionären Kampf zu benutzen und sich einer Klassenkollaboration zu verweigern. Diese Herangehensweise macht deutlich, dass die Frage eng verknüpft ist mit dem Kampf für die Unabhängigkeit und die Demokratisierung der Arbeiterorganisationen und dem Kampf für den Aufbau einer revolutionären Partei.

Letzteres gilt aktuell vor allem im Zusammenhang mit dem Kampf um Arbeiterkontrolle - angefangen bei Arbeiterkontrolle über die eigenen Organisationen und

Kämpfe. Dies ist heute eine entscheidende Herausforderung für unsere Politik. Sie fängt an mit dem Kampf um die Demokratisierung der Gewerkschaften, über die Bildung von Streik- und Besetzungskomitees und führt zur Frage der Arbeiterkontrolle über die Produktion, zum Beispiel in besetzten Betrieben.

Drittelparität

Aus diesen Überlegungen heraus haben wir in der Vergangenheit die Forderung nach der Verwaltung von verstaatlichten Betrieben nach einer Drittelparität von VertreterInnen der Belegschaft, der Gewerkschaft und der Regierung gefordert. Dieses Modell stellte sicher, dass es eine Mehrheit von ArbeitervertreterInnen gibt, während gleichzeitig über GewerkschaftsvertreterInnen die Interessen der Beschäftigten in der ganzen Branche beziehungsweise der weiteren Arbeiterklasse und über den Staat, die gesamte Gesellschaft vertreten sind.

Dieses Modell haben wir in den 90ern nicht mehr aufgeworfen, weil die Frage der Verstaatlichung sich kaum konkret stellte, sondern zu einer propagandistischen Forderung wurde. Hinzu kam, dass aufgrund des Rechtsrucks in den Gewerkschaftsführungen es Zweifel daran gibt, ob ein solches Modell wirklich eine Mehrheit für Arbeiterinteressen bedeuten würde. Auch in der Regierungsfrage war es früher, als die Sozialdemokratie noch eine Arbeiterpartei mit bürgerlicher Führung war, einfacher eine Vorstellung davon zu geben, dass sich Arbeiterinteressen bei einem solchen Modell durchsetzen können. Diese Einschränkungen müssen wir bedenken, wenn wir heute konkrete Forderungen zur Frage der Verwaltung verstaatlichter Betriebe aufstellen, aber die Herangehensweise bleibt richtig. Dabei kann die konkrete Antwort von Unternehmen zu Unternehmen anders aussehen: eine Fahrradfabrik ist etwas anderes als die Deutsche Bank und eine Großbrauerei etwas anderes als Opel.

~~Grundsätzlich sollten wir Vorschläge für eine paritätische Verwaltung machen, bei denen die organisierte Arbeiterklasse der Branche, die Belegschaft, Regierung und gegebenenfalls VertreterInnen anderer beteiligter Bevölkerungsgruppen oder Verbände vorgesehen sind. Zentral bleibt, dass ArbeitervertreterInnen eine Mehrheitsposition haben. Das Problem des berechtigten Misstrauens in von oben eingesetzte GewerkschaftsvertreterInnen kann man lösen, indem man explizit fordert, dass GewerkschaftsvertreterInnen demokratisch von unten gewählt werden und gegebenenfalls die Bestätigung durch die, ebenso demokratisch gewählten, BelegschaftsvertreterInnen brauchen. Das wirft die Frage nach dem Kampf um demokratische und kämpferische Gewerkschaften auf. Formell könnten solche Wahlen auf extra dazu einberufenen Delegiertenkonferenzen der jeweiligen Branche stattfinden, wo die Delegierten direkt auf Mitgliederversammlungen in den Betrieben gewählt werden sollten, jederzeit abwählbar sind und ihren normalen~~

Lohn weiter erhalten sollten.

Regierungs- beziehungsweise StaatsvertreterInnen sollten vertreten sein, weil der Staat als Eigentümer in die Pflicht genommen werden muss. Er muss Geld geben, die Abnahme der produzierten Güter garantieren, gesellschaftlich sinnvollen Ausgleich organisieren. ~~Und in der Masse der Bevölkerung wäre es - außer möglicherweise in revolutionären Zeiten - kaum nachvollziehbar, weshalb VertreterInnen der gewählten Regierung nicht in Staatsbetrieben ein Mitspracherecht haben sollten.~~

Die zu erwartende Kritik von ultra-linker Seite, wir würden damit für Verstaatlichungen im Rahmen des Kapitalismus eintreten, bestätigen wir gerne - denn wir vertagen den Kampf um den Erhalt von Arbeitsplätzen und Betrieben nicht auf die sozialistische Revolution. Gleichzeitig erklären wir natürlich, dass die sozialistische Veränderung der Gesellschaft nicht durch eine schrittweise Ausdehnung der verstaatlichten Industrien erreichbar ist. Wir sind aber für Verstaatlichungen im Rahmen des Kapitalismus und schlagen eine Form vor, die gleichzeitig den Rahmen des Kapitalismus sprengt. Das ist die dynamische Methode des Übergangsprogramms.

~~Die Forderung wird im Dialog mit den darum kämpfenden ArbeiterInnen zum Ausgangspunkt für eine Diskussion über die Notwendigkeit einer anderen Regierung und eines anderen Staates.~~

Dabei gehen wir flexibel mit der Frage der Drittelparität um und machen daraus keinen Fetisch. Bei Wohnungsgesellschaften sollten MieterInnen vertreten sein, in der Chemie- und Autoindustrie macht es Sinn, Umweltschutzverbände einzubeziehen und bei Großbrauereien und dem Großhandel können kleine Gewerbetreibende VertreterInnen entsenden.

Diese Textsammlung soll dazu dienen, dass in der SAV eine Diskussion über unsere Methode stattfindet und wir uns als revolutionäre SozialistInnen in die Lage versetzen diese Methode selbständig in den vor uns liegenden Kämpfen anzuwenden. Diskussionsbeiträge sind ausdrücklich erwünscht.

Berlin, im Juni 2009

Einige Fragen zur Arbeiterkontrolle und -verwaltung - ein Diskussionsbeitrag von Matt Wrack

(geschrieben 1995 für das Members Bulletin von Militant Labour, heute Socialist Party)

In Bezug auf unsere Position zur Frage der Verstaatlichung, der Arbeiterkontrolle und -verwaltung möchte ich einige Fragen klären. Trotzki diskutierte die Frage der Arbeiterkontrolle 1930-32 in Bezug auf Deutschland und später vor allem in Bezug auf Mexiko.

Ich beziehe mich in meinem Beitrag auf die folgenden Artikel:

"Über Arbeiterkontrolle der Produktion" von A. Thalheimer vom 20. August 1931 - „Was Nun? – Schicksalsfragen des deutschen Proletariats“ von Leo Trotzki vom 27. Januar 1932 - "On Mexico's Second Six Year Plan" von Leo Trotzki vom 14. März 1939 - "Nationalised Industry and Workers' Management" von Leo Trotzki vom 12. Mai 1939 - „Gewerkschaften in der Epoche des imperialistischen Niedergangs“ von Leo Trotzki aus dem August 1940

Seit langer Zeit haben wir die Forderung nach Verstaatlichung der großen Unternehmen und "Arbeiterkontrolle und -Verwaltung" aufgestellt. Zuletzt beinhaltete die Ausgabe 1170 unserer Zeitung einen Mittelseitenartikel zum Thema Verstaatlichung mit der Überschrift "Arbeiterkontrolle- und Verwaltung".

Ich glaube allerdings, dass die Gefahr besteht, diese Parole auf einer Art und Weise zu verwenden, die ritualistisch und reformistisch ist. Wir müssen deutlich aussprechen, was wir mit Arbeiterkontrolle- und Verwaltung meinen.

Für Trotzki waren Arbeiterkontrolle und -Verwaltung zwei eigene, ausgeprägte Begriffe im Klassenkampf. Er sprach sich explizit dagegen aus, diese beiden Begriffe durcheinander zu bringen - eine Falle, in die unsere Organisation meiner Meinung nach herein tappt.

„Warum die Leitung dann Kontrolle nennen? In der allgemeinen Sprache versteht man unter Kontrolle die Beobachtung und Überprüfung der Arbeit der einen Institution durch eine andere. Die Kontrolle kann sehr aktiv sein, selbständig und umfassend sein. Sie bleibt aber Kontrolle.“ (Was nun?)

Trotzki sprach von Arbeiterkontrolle als Etappe des Kampfes unter einem kapitalistischen Regime, während die Bourgeoisie immer noch den Staat leitet und die Industrie besitzt. Arbeiterkontrolle bedeutet genau das - die Arbeiter üben Kontrolle aus über bestimmte Aspekte der Produktion, fordern die Abschaffung von

Betriebsgeheimnissen und Kontrolle der Inflation. Trotzdem bleibt die Industrie im Besitz der Kapitalisten.

„Arbeiterkontrolle... impliziert eine Art ökonomische Doppelherrschaft in der Fabrik, der Bank, dem Unternehmen und so weiter.“ ("Über Arbeiterkontrolle der Produktion"). Mit anderen Worten: Eindeutig eine Periode, in der die Arbeiterklasse noch nicht die Macht ergriffen hat.

Die Arbeiterkontrolle wird also von Trotzki eindeutig als Periode der Vorbereitung auf die Arbeiterverwaltung gesehen. Arbeiterverwaltung heißt, die Leitung der Industrie durch die Arbeiterklasse. Allerdings ist Arbeiterverwaltung ohne einen allgemeinen Plan, das heißt ohne eine sozialistische Revolution, unmöglich. Arbeiterverwaltung ist eigentlich nur nach einer sozialistischen Revolution und nach der Entwicklung eines allgemeinen Planes der Produktion möglich. Dadurch, dass wir diese beiden Begriffe zusammen verwenden, begeben wir uns in die Gefahr, dass wir zwei verschiedene Phasen des revolutionären Prozesses durcheinander bringen.

Die verstaatlichten Industrien

In Bezug auf die verstaatlichten Industrien haben wir manchmal unser Programm etwas anders vorgebracht und "Arbeiterverwaltung" der verstaatlichten Industrien gefordert. Wir haben oft gefordert dass diese Industrien von Gremien geleitet werden, die zu einem Drittel von Arbeitern in der jeweiligen Industrie, einem Drittel von anderen Gewerkschaften und einem Drittel von einer sozialistische Labour-Regierung besetzt werden sollten.

Auch hier finde ich, dass wir in die Falle tappen, eine formalistische Forderung aufzustellen, welche die Realität des Klassenkampfes ignoriert.

Das erste, woran wir uns erinnern müssen ist natürlich, dass Verstaatlichungen durch eine kapitalistische Regierung keine sozialistischen Maßnahmen darstellen und nicht als Teil einer graduellen Sozialisierung gesehen werden können. Verstaatlichungen wurden aus verschiedenen spezifischen Gründen durchgeführt aber im Allgemeinen dienen sie dem Schutz der nationalen (kapitalistischen) Wirtschaft als Ganzes und damit auch des nationalen (kapitalistischen) Staates. Mit anderen Worten: solche Maßnahmen sind nicht sozialistisch, sondern staatskapitalistisch.

„Es wäre natürlich ein verhängnisvoller Fehler, ein kompletter Betrug, wenn man behaupten würde, der Weg zu Sozialismus führe nicht über die proletarische Revolution sondern durch Verstaatlichungen verschiedener Industriezweige durch den bürgerlichen Staat, der diese dann den Arbeiterorganisationen in die Hände gibt.“ ("Über Arbeiterkontrolle der Produktion").

In Mexiko hatte das bürgerliche Regime die Eisenbahnen und die Ölfelder verstaatlicht und den Gewerkschaften einen Rolle bei der Verwaltung dieser Industrien angeboten. Trotzki riet den Arbeiterorganisationen dazu, sich daran zu beteiligen. Allerdings beließ er es nicht dabei. Trotzki sah zwei Möglichkeiten, wie sich die Ereignisse entwickeln könnten. Die Arbeitervertreter könnten solche Gelegenheiten nutzen um die Notwendigkeit einer sozialistischen Revolution und einer sozialistischen Planung der gesamten Wirtschaft aufzuzeigen. Die Verfolgung einer solchen Strategie setzte den Aufbau einer revolutionären Partei voraus.

Andererseits könnte von der Bourgeoisie die Beteiligung der Arbeiter an der Verwaltung der verstaatlichten Industrien als Falle verwendet werden, *„um die Arbeiter im Schach zu halten, sie grausam auszubeuten und ihren Widerstand zu lähmen.“* ("Nationalised Industry and Workers' Management").

Es gibt eine ganze Reihe von Unterschieden zwischen Mexiko 1939 und Großbritannien heute. Allerdings haben wir immer noch eine verrottete Führung in den Gewerkschaften die bei jeder Gelegenheit ihre Unfähigkeit, irgend eine Art von Kampf zu führen, unter Beweis stellen. Eine Beteiligung der Arbeiterführer an der Verwaltung der verstaatlichten Industrien oder sogar völlige "Arbeiterverwaltung" (falls so etwas möglich sein sollte) würden nicht, für sich genommen, den Kampf voran bringen.

„Wenn die Beteiligung der Arbeiter an der Verwaltung der Produktion dauerhaft, stabil, "normal" sein soll, dann muss es auf Klassenkollaboration und nicht auf Klassenkampf beruhen. Eine solche Kollaboration kann nur durch die oberen Schichten der Gewerkschaften und der kapitalistischen Verbände realisiert werden. Es gab nicht wenige Experimente dieser Art... Allerdings waren es alles keine Fälle von Arbeiterkontrolle über das Kapital sondern des Unterwerfens des Arbeiterbürokratie unter das Kapital.“ ("Über Arbeiterkontrolle der Produktion").

Arbeiterkontrolle und Arbeiterdemokratie

Die Forderung nach Arbeiterkontrolle, isoliert vom Rest unseres Programms, zeigt also nicht unbedingt einen Weg nach vorne für die Klasse. Die Forderung nach Arbeiterkontrolle über die Industrie muss verbunden werden mit dem Kampf für Arbeiterkontrolle über die eigenen Organisationen, das heißt für Arbeiterdemokratie in der Arbeiterbewegung. Ohne diese unerlässliche Bedingung besteht die Möglichkeit, dass „Arbeiterkontrolle“ oder „Arbeiterverwaltung“ in eine Waffe gegen die Arbeiterklasse verwandelt werden könnte.

Auch hier bringt Trotzki die Sache deutlich auf den Punkt: *„Die Nationalisierung der Eisenbahnen und Ölfelder in Mexiko hat natürlich nichts mit Sozialismus zu tun. Sie ist eine staatskapitalistische Maßnahme in einem rückständigen Lande,*

das sich auf diese Weise einerseits gegen den ausländischen Imperialismus, andererseits gegen das eigene Proletariat zu verteidigen sucht. Die Verwaltung von Eisenbahnen, Ölfeldern usw. durch Arbeiterorganisationen hat nichts gemein mit der Kontrolle der Arbeiter über die Industrie, denn im wesentlichen liegt die Verwaltung in den Händen der Arbeiterbürokratie, welche unabhängig von den Arbeitern, dagegen aber vollständig abhängig vom bürgerlichen Staate ist. Diese Maßnahme seitens der herrschenden Klasse verfolgt das Ziel, die Arbeiterklasse zu disziplinieren, sie im Dienste der allgemeinen Staatsinteressen, welche sich bei oberflächlicher Betrachtung mit den Interessen der Arbeiterklasse selbst zu vermischen scheinen, zu mehr Fleiß anzuspornen... Unter diesen Umständen besteht die Aufgabe der revolutionären Vorhut darin, den Kampf für die vollständige Unabhängigkeit der Gewerkschaften und die Kontrolle der Arbeiter über die augenblickliche Gewerkschaftsbürokratie zu führen, welche in eine Verwaltungsbehörde der Eisenbahnen, Ölfelder usw. umgewandelt worden ist.“ ("Gewerkschaften in der Epoche des imperialistischen Niedergangs").

Natürlich müssen wir die Elemente der Arbeiterkontrolle unterstützen, die in der kapitalistischen Industrie existieren und in bestimmten Phasen des Kampfes sollten wir die Forderung nach einer Ausweitung der Arbeiterkontrolle aufstellen. Ob es möglich ist, im Rahmen einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung "Arbeiterverwaltung" in verstaatlichten Industrien einzuführen, ist fraglich. In der Realität ist es wahrscheinlich, dass solche Maßnahme eher vergleichbar sein würde mit dem Kampf um Arbeiterkontrolle in der privaten Wirtschaft.

Das Programm einer sozialistischen Regierung wäre Verstaatlichung durch Enteignung der Kapitalisten. Im frühen Stadium eines solchen Regimes mag es vielleicht auch die Einführung von Arbeiterkontrolle geben - aber diese würde sich gegen die verbliebene kapitalistische Industrie richten. (Wir sollten uns daran erinnern, dass die Bolschewiki erst einige Zeit nach der Oktoberrevolution mit großen Verstaatlichungsmaßnahmen begannen). Zu diesem Zeitpunkt wird sich die Arbeiterkontrolle wahrscheinlich gegen kapitalistische Sabotage richten. Das Programm der Verstaatlichung würde die Einführung der Arbeiterverwaltung durch einen demokratischen Produktionsplan bedeuten.

Eine Antwort von Peter Taaffe

(geschrieben 1995 für das Members Bulletin von Militant Labour, heute Socialist Party. Peter Taaffe ist Generalsekretär der Socialist Party in England und Wales)

Matt Wracks Beitrag zum Thema Arbeiterkontrolle und -Verwaltung ist willkommen. Matt's Brief gibt uns die Gelegenheit, von einem marxistischen Standpunkt aus die Themen Arbeiterkontrolle und -Verwaltung zu erklären, um die innerhalb der Arbeiterklasse enorme Verwirrung herrscht.

Matt argumentiert, dass Arbeiterkontrolle und -Verwaltung zwei eigenständige Phasen im Kampf der Arbeiterklasse darstellen. Bis zu einem gewissen Punkt stimmt dies auch, aber es gibt keine Chinesische Mauer, die die Etappen der Arbeiterkontrolle und -Verwaltung voneinander trennt. Vielmehr können Arbeiterkontrolle und Arbeiterverwaltung miteinander kombiniert werden, sowohl in einzelnen verstaatlichten Industrien als auch in der geplanten Wirtschaft, wie wir ein wenig später erklären werden.

Im allgemeinen ist nach Trotzki die Arbeiterkontrolle eine Etappe im Kampf gegen das kapitalistische Regime, während die Arbeiterverwaltung nach der sozialistischen Revolution zum Tragen kommt.

Wenn man dies allerdings zu eng interpretiert, wird es unmöglich, die Handlungen der Bolschewiki unmittelbar nach ihrer Machtübernahme zu erklären. Während der Oktoberrevolution 1917 wurde die Bourgeoisie politisch enteignet, ihr Staat umgestürzt und der erste Arbeiterstaat der Weltgeschichte etabliert.

Allerdings beschränkten sich die Bolschewiki in den ersten neun Monaten ihrer Herrschaft darauf, die Banken zu verstaatlichen, und beließen das formale Eigentum an den Fabriken in den Händen der Kapitalisten. In Wirklichkeit war das Regime in den Fabriken eines der Arbeiterkontrolle, in der die Arbeiter stetig Erfahrungen in der Verwaltung sammelten mit Blick auf eine zukünftigen Phase der Arbeiterverwaltung im eigentlichen Sinne.

Die Bolschewiki waren gezwungen, die Industrie in Staatsbesitz zu überführen, zum einen durch die Sabotage der Bourgeoisie aber vor allem aufgrund der imperialistischen Interventionen, des Bürgerkrieges und so weiter. In gewissem Sinne war diese Maßnahme voreilig (den Bolschewiki wäre eine längere Periode der Arbeiterkontrolle lieber gewesen, damit die Arbeiterklasse die nötige Erfahrungen bei der Verwaltungen und Kontrolle der Industrie sammeln könnte). Trotzdem wurden sie von der Situation dazu gezwungen, den Übergang von der Arbeiterkontrolle hin zur Arbeiterverwaltung unter Arbeiterkontrolle zu machen.

Dies wirft einen neuen Punkt auf, der in Matts Beitrag angedeutet, aber nicht klar ausgesprochen wird, nämlich dass wir unter bestimmten Umständen Arbeiterkontrolle befürworten sollten, oder Arbeiterverwaltung auf Grundlage einer geplanten Wirtschaft, dass wir aber die beiden "eigenständigen" Konzepte nicht durcheinander bringen sollten. Dies ist eine einseitige, ja falsche Art, die Frage zu stellen.

Auf Grundlage einer sozialistischen Planwirtschaft hätten wir Arbeiterverwaltung (die präzise Form müsste von der Arbeiterklasse ausgearbeitet werden, nachdem Sie die Macht ergriffen hat, aber wir können bereits heute einen Umriss davon zeichnen) und Arbeiterkontrolle.

Arbeiterverwaltung würde die Verwaltung der Industrie als Ganzes beinhalten, der einzelnen Zweige der Industrie und sogar der einzelnen Fabriken durch die Beteiligung der gesamten Arbeiterklasse durch ihre Organisationen in der Verwaltung.

Gleichzeitig würde in der einzelnen Fabrik und in den Zweigen der Industrie das System der Arbeiterkontrolle auch existieren. Die Arbeiter würden, durch die Vertrauensleuteversammlungen oder Gewerkschaften oder Betriebsräte, "Kontrolle" über ihre eigene Verwaltung ausüben.

So würden beispielsweise Bergleute oder auch Feuerwehrleute, bei lokalen, regionalen und nationalen Konferenzen zusammentreffen, um für "ihren Anteil" und ihre Rechte bei der Ausarbeitung des nationalen Produktionsplanes zu argumentieren. Sie würden sich wahrscheinlich treffen um ihre Rechte und Bedingungen in den Fabriken und in der Industrie, in der sie arbeiten, zu diskutieren. Dies wäre Arbeiterkontrolle.

Die Verwaltung der einzelnen Unternehmen und der Industrie als Ganzes würde allerdings Körperschaften obliegen, welche die gesamte Arbeiterklasse durch ihre Organisationen umfassen. Wenn eine spezifische Gruppe von Arbeitern das Recht hätte, ihre Industrie zu "verwalten", wäre das in Wirklichkeit Syndikalismus. Andererseits würden Verwaltungsgremien ohne das Element der Arbeiterkontrolle in den Fabriken und in der Industrie als Ganzes die Gefahr der bürokratischen Degenerierung in sich tragen, sogar in einem gesunden Arbeiterstaat.

Lenin wies darauf hin, dass die Arbeiterklasse über ihren "eigenen Staat" Kontrolle ausüben müsste und dass dies ein Grund sei, warum die Gewerkschaften unabhängig vom Staat bleiben müssten.

Sie sollten die Tendenz hin zum Bürokratismus durch Arbeiterkontrolle im Schach halten und gleichzeitig das Personal für die Arbeiterverwaltung zur Verfügung stellen. Nur in dem man sich dieser Frage von allen Seiten nähert, das heißt in einer dialektischen Art und Weise, ist es möglich, vollständig zu begreifen, was die Ideen der Arbeiterkontrolle und -Verwaltung beinhalten.

Gleichzeitig würde wir einen fatalen Fehler begehen, sowohl im Kapitalismus wie auch in einer sozialistischen Planwirtschaft, wenn wir diese Ideen in einer statischen und nicht in einer dynamischen Art und Weise sehen würden. Sie müssen mit dem Fortschritt des Klassenkampfes verbunden sein.

Matt benennt in seinem Beitrag eine Gefahr in Zusammenhang mit den Erfahrungen mit den Verstaatlichungen, die 1938 in Mexiko durchgeführt wurden.

Erstens, bei der Frage der Verstaatlichung: Matt stellt nicht absolut klar, dass wir die Verstaatlichung befürworten, sogar die Teilverstaatlichung oder vor allem heute die Rückverstaatlichung beispielsweise der Einrichtungen und Industrien, die von den Konservativen privatisiert wurden. Dadurch, dass er dies nicht klar ausspricht, ist es möglich, seine Bemerkungen so zu interpretieren, dass er eine neutrale Stellung einnimmt oder sogar gegen Maßnahmen der Teilverstaatlichung ist. Wenn er Verstaatlichungen befürwortet, und wir sind uns sicher dass er dies tut, welche Form soll die Verwaltung dieses Staatsunternehmens haben?

Übrigens reicht es nicht aus, lediglich zu sagen, dass Verstaatlichungen Ausdrücke von "Staatskapitalismus" sind. Sie sind ebenfalls, wie alle große marxistischen Lehrer aufgezeigt haben, Ausdrücke des Bankrotts des Kapitalismus, der Unfähigkeit, wichtige Industriezweige auf Grundlage des privaten Eigentums zu betreiben.

Engels bezeichnete die Tendenz zur Verstaatlichung sogar als einen Ausdruck der „*eindringenden sozialistischen Revolution*“. Natürlich setzte er Verstaatlichungen durch den bürgerlichen Staat nicht mit "Sozialismus" gleich. Diese sind allerdings schon Ausdrücke der Schwächung der herrschenden Klasse, der außer Kraft Setzung des Kapitalismus an sich. Deshalb geben wir solchen Maßnahmen kritische Unterstützung, während wir gleichzeitig dafür kämpfen, dass diese Industrien auf eine Art und Weise verwaltet werden, welche die Arbeiterklasse begünstigt. Dies war die Haltung, die Trotzki in Bezug auf die Verstaatlichung der mexikanischen Ölindustrie durch die Regierung Cardenas im Jahr 1938 einnahm.

Unsere Forderung, dass ein Drittel der Mitglieder der Verwaltungsgremien von den Gewerkschaften in der betroffenen Industrie, ein Drittel von der Gewerkschaftsbewegung als Ganzes und ein Drittel von der Regierung gestellt wird, ist inspiriert von der Idee, die Trotzki 1938 erstmals vorbrachte. Trotzki befasste sich im allgemeinen mit dieser Frage, wir haben ein konkretes Beispiel dafür gegeben, wie die Gremien mit einer ungefähren Aufteilung in Dritteln zusammengesetzt werden könnten.

Wie Matt feststellt war Trotzki sich sehr wohl im Klaren darüber dass die Gefahr der Klassenkollaboration vorhanden ist, wenn die Gewerkschaften an der Verwal-

tung eines bestimmten verstaatlichten Industriezweiges beteiligt werden. Allerdings macht er absolut deutlich, dass seine Wahrnehmung der Arbeiterverwaltung und Arbeiterkontrolle in der Ölindustrie dynamisch waren. Die Aufgabe der Arbeitervertreter würde nicht darin bestehen, mit der pro-kapitalistischen Verwaltung der Industrie zu kollaborieren. Sie würden ihre Positionen benutzen, um die Öffnung der Bücher zu verlangen, dem durchschnittlichen Arbeiter auf einfacher Weise zu erklären, wie die Industrie betrieben werden sollte. Sie würden ihre Positionen als Plattform benutzen um zu zeigen, dass die Ölindustrie in ihrer Entwicklung behindert wird durch das angewiesene Sein auf private Unternehmer, die überhöhte Preise für Güter, die sie an die Industrie liefern, verlangen. Auf diese Weise würde die Arbeiterverwaltung auf einer sehr dynamischen, revolutionären Art und Weise verwendet werden, als Plattform, als Sprungbrett von dem aus die Verstaatlichung der restlichen Industrie gefordert wird.

Wir haben uns der Frage der Arbeiterverwaltung in den verstaatlichten Industrien Großbritanniens auf ähnlicher Weise genähert. Wir haben nicht nur die "Drittelparität" der Verwaltungsgremien gefordert, sondern auch darauf hingewiesen (in dem dazu veröffentlichten Artikel, der sich mit dem historischen Kontext dieser Frage beschäftigt), dass die Arbeitervertreter ihre Positionen verwenden müssen, um die Verstaatlichung der Zulieferbetriebe und der großen Monopole zu fordern.

So zum Beispiel die Post: wäre es gelungen, vor der Teilprivatisierung Arbeiterverwaltung durchzusetzen (was übrigens nur durch eine Periode der enormen Radikalisierung und möglicherweise mit einer linken Labour-Regierung realistisch gewesen wäre), wie hätten die Arbeitervertreter die Frage der Verwaltung der Post gestellt?

Wir wären gegen Klassenkollaboration, so genannte "Arbeitnehmerbeteiligung", und würden fordern, dass die Arbeitervertreter aufzeigen, wie die Post von den Zulieferbetrieben, vor allem im profitablen und unter der Dominanz vier großen Konzernen stehenden Telekommunikationssektor, erpresst wird.

Matt sagt: „*Ob es möglich ist, im Rahmen einer kapitalistischen Wirtschaft Arbeiterverwaltung in verstaatlichten Industrien einzuführen, ist fraglich.*“ Weiter sagt er: „*die Frage nach Arbeiterkontrolle isoliert vom Rest unseres Programmes zu stellen, zeigt nicht unbedingt einen Weg nach vorne für die Klasse.*“ Allerdings fehlt hier meiner Meinung nach der Übergangsansatz, der jetzt sogar unerlässlicher ist als früher.

Aufgrund der ideologischen Offensive gegen die Ideen des Sozialismus nach dem Zusammenbruch des Stalinismus, ist es notwendig, aber dennoch ein wenig schwieriger, für die Ideen der Verstaatlichung zu argumentieren, wie schon in der Vergangenheit. Wir müssen dies natürlich immer noch tun, und wir müssen immer

wieder neue Wege finden um diese Frage zu stellen. Dennoch müssen wir vom aktuellen Stand des Bewusstseins und der Vorbereitung der Arbeiter ausgehen, in Teil- und Einzelfragen zu kämpfen, und zu jeder Zeit die Verbindung herzustellen zu der Notwendigkeit einer sozialistischen Gesamtlösung. Wir sollten die Frage der Arbeiterkontrolle nicht isoliert vom Rest unseres Programms stellen. Aber wird können nicht unser gesamtes Programm vortragen wenn wie die Idee der Arbeiterkontrolle aufwerfen.

Diskussionen um diese Idee können zu der Idee der Arbeiterverwaltung und zur Notwendigkeit des Gemeineigentums einer spezifischen Industrie oder der Industrie als Ganzes führen. Matt stellt in Frage, ob "Arbeiterverwaltung" in einer kapitalistischen Wirtschaft möglich ist. Wir glauben allerdings, dass dies eine falsche Fragestellung ist.

Erstens ist es notwendig, den Arbeitern Antworten zu geben bezüglich der Form der Verwaltung, die wir für die verstaatlichten Industrien heute befürworten. Wir können dies nicht auf die Periode nach der sozialistischen Revolution vertagen. Matt schlägt im Prinzip vor, dass wir uns auf die Idee der Arbeiterkontrolle beschränken sollten. Das wäre allerdings eine ausschließlich negative Herangehensweise, bei der die Arbeiter sich darauf beschränken, die Macht der Bosse der verstaatlichten Industrien zu beschränken. Das war im Prinzip die Haltung von Scargill zur staatlichen Kohleindustrie.

Es ist allerdings so, dass Arbeiter, auch Bergleute, unweigerlich nach demokratischeren Wegen der Verwaltung ihrer Industrien suchen, vor allem wenn diese sich in den Händen des kapitalistischen Staates befinden.

Wenn wir uns aus der Debatte über die Art der Verwaltung und Leitung der Industrien heraus halten, könnte dies den Reformisten in die Hände spielen, wenn diese Ideen der Arbeitnehmerbeteiligung vorbringen, die mangels Alternativen einen Anklang finden könnten. Ob Arbeiterverwaltung in einer kapitalistischen Wirtschaft eingeführt werden kann oder nicht, kann nicht a priori festgelegt werden.

Die "Realisierbarkeit" von Übergangsforderungen hängt vom Klassenkampf ab. Unter bestimmten Umständen können Übergangsforderungen sogar vor der sozialistischen Revolution implementiert werden, so geschehen 1918 in Deutschland und 1936 in Spanien, sowie in vielen anderen Situationen, in denen Elemente der Doppelherrschaft oder sogar eine tatsächliche Doppelherrschaft als Phase vor der sozialistischen Veränderung der Gesellschaft existierten. Unsere Schlussfolgerung daraus ist, dass die Forderung nach Arbeiterkontrolle und -verwaltung im Fall von Teilverstaatlichung richtig ist, aber natürlich mit der Bedingung, wie Matt schon sagt, dass diese mit der Idee verbunden wird dass die Arbeiter ihre eigenen Organisationen kontrollieren.

Wir müssen diese Forderung zusammen mit Forderungen nach Wählbarkeit von Funktionären, Begrenzung des Lohnes der Funktionäre auf den Lohn eines durchschnittlichen Facharbeiterlohnes und so weiter aufstellen.

Wir sind mit Matt absolut einer Meinung, dass „ohne diese unerlässliche Bedingung die Gefahr besteht, dass Arbeiterkontrolle oder Arbeiterverwaltung in eine Waffe gegen die Arbeiterklasse verwandelt werden kann.“ Wir bleiben allerdings deswegen nicht bei der Forderung nach Arbeiterkontrolle und -verwaltung stehen, sondern verbinden diese mit der Demokratisierung der Arbeiterorganisationen und strikte Kontrolle über die Arbeitervereiner in allen Verwaltungsgremien, die eventuell ins Leben gerufen werden. Wir glauben, uns hiermit mit den relevantesten Fragen in Bezug auf das allgemeine Thema der Arbeiterkontrolle und -Verwaltung auseinandergesetzt zu haben, aber wir hoffen, dass Matt's Beitrag und unsere Antwort eine Diskussion anregen wird, vor allem unter Industriearbeitern und dass GenossInnen keine Scheu haben werden, sich in den kommenden Ausgaben des Mitgliederrundbriefes mit Beiträgen zu diesem Thema einzubringen.

Historischer Hintergrund zu Verstaatlichung und Arbeiterverwaltung von Bill Mullins

(geschrieben 1995 für das Members Bulletin von Militant Labour, heute Socialist Party. Bill Mullins ist gewerkschaftspolitischer Sprecher der Socialist Party in England und Wales)

1. Die Labour-Regierung der Nachkriegszeit ab 1945 führte die Verstaatlichung vieler wichtiger Industrien wie Kohle, Stahl, Eisenbahn und so weiter in den späten 40er und frühen 50er Jahren durch. Diese Maßnahmen wurden durchgeführt aufgrund der mangelnden Bereitschaft des Kapitalismus, in diese Industrien zu investieren.
2. Die alten kapitalistischen Besitzer hatten diese Industrien dermaßen an die Wand gefahren, dass sie nicht mehr in der Lage waren, die neuen Industrien, die in der Nachkriegszeit entstanden sind, zu unterstützen. Diese neuen Industrien, beispielsweise die Flugzeug-, Auto- und Elektrogeräteindustrien, brauchten effiziente Infrastrukturen, die ihnen ein effektives Arbeiten ermöglichen würden. Sie mussten sich darauf verlassen können, dass Stahl, Kohle und Transportmöglichkeiten zur Verfügung stehen würden.
3. Aber eben diese Industrien waren im schlechtesten Zustand. Daher versprach die Labour-Regierung die Durchführung von Verstaatlichungsmaßnahmen, was nicht nur von der Arbeiterklasse begrüßt wurde, sondern auch vom Kapitalismus als ganzes widerwillig akzeptiert wurde.
4. Es gab eine Grenze, die der Kapitalismus nicht überschreiten konnte. Auch wenn man die Notwendigkeit der Verstaatlichung von Kohle, Eisenbahn und teilweise auch der Speditionsunternehmen akzeptierte, leistete man erbitterten Widerstand gegen weitere angedachte Verstaatlichungen, beispielsweise der Stahl- und der Zuckerindustrien.
5. Die Gründe hierfür waren, dass Elemente der Kapitalistenklasse sehen konnten, dass in diesen Industrien Profite gemacht werden konnten, außerdem wurden diese Verstaatlichungen auch aus ideologischen Gründen abgelehnt. Die Kapitalisten verstanden, dass die Arbeiterklasse die Verstaatlichung von immer mehr Industrien seitens der Labour-Regierung fordern würde, je mehr es deutlich werden würde, dass die Verstaatlichung ein Mittel zur Sicherungen ihrer Arbeitsplätze darstellt und dass es sogar möglich war, Einfluss auf die Leitung der Industrien zu nehmen.
6. Die Stahlindustrie wurde ab den 50er Jahren immer wieder verstaatlicht, priva-

tisiert und wieder verstaatlicht, bis sie schließlich in den 80er Jahren unter Thatcher endgültig privatisiert wurde. Zu diesem Zeitpunkt hatte es allerdings eine tiefgreifende Veränderung der Haltung der Kapitalistenklasse als Ganzes gegeben, diese hatte einen Großteil der Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit über Bord geworfen und sich der Laissez-faire-Politik der ungezügelten Marktes verschrieben.

7. Die frühen Verstaatlichungen wurden durch die Arbeiterklasse begrüßt aber in den 60er Jahren hatten die Arbeiter aus ihren Erfahrungen die Schlussfolgerung gezogen, dass sie eine Rolle in der Verwaltung der Industrien bekommen sollten. Die Verwaltungsgremien waren durch die Labour-Regierungen der Nachkriegszeit häufig mit den gleichen Leuten besetzt worden, welche die Industrien erst an die Wand gefahren hatten. Diese durften ihre Positionen behalten und ihre großzügigen Gehältern noch dazu. Zudem kassierten sie enorme Summen an Abfindungen.

8. Ehemalige Gewerkschaftsführer, die im Oberhaus saßen, wurden ebenfalls in die Verwaltungsgremien berufen um den "Standpunkt der Arbeiter zu vertreten", aber sie unterstützten vollkommen den Status Quo und folgten bereitwillig den Rat ihrer "Verhandlungsführer".

9. Die verstaatlichten Industrien wurden als Melkkühe zur Subventionierung ihrer privaten Zulieferbetriebe missbraucht. Der Schwiegersohn von Lord Robens, Aufsichtsrat der staatlichen Kohlebehörde, war Besitzer eines Unternehmens, das Dichtungsringe für die Kohleindustrie herstellte. Das Staatsunternehmen musste für jeden Ring einen Pfund bezahlen.

10. In den verstaatlichten Industrien wimmelten es von solchen Skandalen.

11. Als Reaktion hierauf, aber auch aufgrund bewusster Versuche seitens der Bosse, die Gewerkschaften dazu zu bewegen, angesichts neuer Technologien wie Öl- und Kernkraft als Alternative zur Kohle oder Autobahnen als Alternativen zur Eisenbahn, Kürzungen zu akzeptieren, setzte die Labour-Regierung in den 60er Jahren in den Vorständen einiger verstaatlichten Industrien Arbeitervertreter ein und nannte diese "Arbeitervorstandsmitglieder".

12. Dies war überhaupt nicht der Fall. Diese Arbeitervorstandsmitglieder bekamen höhere Gehälter und wurden ernannt anstatt gewählt und diskreditierten sich schnell. Einer von ihnen sagte einen berühmten Satz: "Das letzte, was wir im Vorstand brauchen, sind Betriebsräte, die Radau machen."

13. Es ist klar, dass die Beteiligung dieser "Arbeitervorstandsmitglieder" nichts mit Arbeiterverwaltung zu tun hatte sondern vielmehr eine Falle war um die Gewerkschaften dazu zu bringen, Verantwortung für Kürzungen zu übernehmen. Sie wurden als Polizisten innerhalb der Arbeiterschaft benutzt, falls es Widerstand gegen die Pläne der Geschäftsleitung gab.

14. Die Erfahrung der Arbeiter in den verstaatlichten Industrien lief darauf hinaus, dass sie immer mehr genau so behandelt wurden wie die Arbeiter im Privatsektor, mit dem zusätzlichen Merkmal, dass das Ausmaß der Kollaboration zwischen Gewerkschaftsbürokraten und Bossen noch ausgeprägter war.

15. Arbeiterkontrolle bedeutet, im Gegensatz dazu, dass die Arbeiter durch ihre Organisationen, eine gewisse Kontrolle über das Recht der Geschäftsleitung, den Betrieb zu leiten ausüben. Ein Beispiel hierfür gab es in der Vergangenheit in der Druckindustrie, wo die Gewerkschaften mehr oder weniger die Entscheidungen über Einstellung und Kündigung von Mitarbeitern hatten. Wenn es eine Stelle zu besetzen gab, musste sich die Geschäftsleitung an die Gewerkschaft wenden und sich Kandidaten von einer Liste arbeitsloser Arbeiter geben lassen. Die Tatsache dass die Gewerkschaft die Arbeitskräfte kontrollierte bedeutete, dass die Arbeiter in der Gewerkschaft Kontrolle hatten. Wenn ein Gewerkschaftsaktivist arbeitslos war und in der Liste im Gewerkschaftsbüro an der Reihe war, wurde er für die nächste freie Stelle vorgeschlagen, und die Bosse konnte dagegen nicht viel unternehmen.

16. Andere Beispiele der Arbeiterkontrolle aus der Vergangenheit wären etwa in der Autoindustrie, wo die stark organisierte Bewegung der gewerkschaftlichen Vertrauensleute in den Betrieben (shop stewards) dafür sorgte, dass es in den Betrieben einen ständigen Kampf zwischen Arbeitern und Geschäftsleitung gab in Fragen wie Geschwindigkeit der Fließbänder und Arbeitsintensität. Diese Industrie erreichte ein solches Maß an Arbeiterkontrolle dass es nicht mehr nur darum ging, den Bossen die Kontrolle zu entziehen sondern auch darum, die Gewerkschaftsfunktionäre auf Distanz zu halten. Ihre normale Rolle hätte darin bestanden, die Arbeiter in Schach zu halten.

17. Die Vertrauensleutekomitees waren ein Versuch von unten, die Spaltung zwischen Facharbeitern und ungelerten Arbeitern, die durch den Kapitalismus historisch gefördert und durch die Gewerkschaftsbürokratie bestärkt wurde, zu überwinden. Die Gewerkschaften waren traditionell (und zwar in allen Industrien) nach Gewerbe organisiert, mit Ausnahme der allgemeinen Gewerkschaften wie der TGWU. Die einzelnen Vertrauensleute vertraten jeweils unterschiedliche Gruppen von Arbeitern, Facharbeiter wie un- oder angelehrte Arbeiter, aber sie arbeiteten im Rahmen der Vertrauensleutekomitees zusammen.

18. Mitte der 70er Jahre gründeten Betriebsräte in Unternehmen wie Ford und British Leyland (Heute Rover), Gesamtvertrauensleutekomitees für das gesamte jeweilige Unternehmen. Die Mitglieder hiervon wurden von den Vertrauensleutekomitees der einzelnen Werke ohne Anwesenheit der Funktionäre gewählt. Erst später gelang es der Bürokratie und der Unternehmensleistung gemeinsam die

Macht der Gesamtvertrauensleutekomitees zurück zu drängen.

19. Das Ausmaß an Arbeiterkontrolle war von einer Industrie zur anderen unterschiedlich und veränderte sich auch im Laufe der Zeit. Die 70er Jahren waren der Gipfelpunkt was die Arbeiterkontrolle in den Betrieben betrifft. Arbeiterkontrolle und -Verwaltung wurden in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung viel diskutiert.

20. Als Arbeiterkooperativen als Resultat von Firmenpleiten gegründet wurden, von denen es in den späten 70er und frühen 80er Jahren eine ganze Welle gab, wurde dies von einigen als Entwicklung von Arbeiterkontrolle und -Verwaltung in der Industrie gesehen. Eine solche Kooperative entstand in der Motorradfabrik Meridian bei Coventry. Diese erlebte einen erfolgreichen Start, ging aber am Ende doch Pleite und wurde von einem privaten Investor übernommen. Wir sympathisierten mit den betroffenen Arbeitern, achteten allerdings darauf zu erklären, dass jedem Versuch, eine "sozialistische Insel in einem kapitalistischen Meer" aufzubauen, enge Grenzen gesetzt sind.

21. Wir stellten die Forderung auf, dass die Regierung diese Unternehmen verstaatlichen sollte und dass die Arbeiter Einblick in die Geschäftsbücher bekommen sollten und zwar nicht nur für das Jahr, in dem das Unternehmen Pleite gegangen war, sondern auch für die Jahre des Aufschwungs. Was war mit den Profiten passiert? Warum wurden diese nicht in das Unternehmen zurück investiert? Es war klar, dass in Industrien wie der Motorradindustrie die Profite abgeführt wurden und wenig reinvestiert wurde. Das war der Grund warum die Britische Motorradindustrie zugunsten der Japanischen unterging.

22. Obwohl es nicht absolut identisch war, hatte der Kauf der Tower-Zeche in Süd-Wales durch die Bergleute einige Ähnlichkeiten zu vorherigen Arbeiterkooperativen. Es ist möglich, dass diese Zeche überleben könnte und über die Dauer der Konservativen Regierung hinaus Bestand haben könnte. Wir müssen sehr sensibel mit der Situation der Arbeiter umgehen. Ohne die Zeche ist die Zukunft der ganzen Region in Gefahr. Die Rolle der Bergarbeitergewerkschaft NUM in dieser Zeche bestand seit langer Zeit darin, der Arbeiterklasse in der Region Führung zu geben und Solidarität mit anderen Gruppen von Arbeitern, die sich in gefährlichen Situation befinden, aufzubauen, was sehr wichtig ist. Die Zukunft der Zeche wird nicht nur durch die wirtschaftliche Situation der Kohleindustrie entschieden sondern auch durch den Druck, der auf eine zukünftige Labour-Regierung ausgeübt wird.

23. In den 1970er Jahren entwickelten wir die Forderung, dass verstaatlichte Industrien von Gremien verwaltet werden sollten, die zu einem Drittel von den Gewerkschaften in der betroffenen Industrie, zu einem Drittel vom Gewerkschafts-

dachverband und zu einem Drittel von der Labour-Regierung besetzt werden sollten. Diese Forderung trat zum Zeitpunkt der Pleite von British Leyland 1975 in den Vordergrund und unseren Unterstützern in den Leyland-Fabriken gelang es, die Annahme dieser Forderung durch den Gesamtvertrauensleutekomitee zu erreichen.

Tony Benn war zu diesem Zeitpunkt Industrieminister und sympathisierte mit der Idee einer Art von Kontrolle durch die Vertrauensleute über Investitionen und weitere Themen, als sich der Gesamtbetriebsrat von Leyland mit ihm traf. Es sollte an dieser Stelle erwähnt werden, dass Derek Robinson Vorsitzender des Gesamtvertrauensleutekomitee war und dass die Stalinisten durch unsere Forderung aus der Bahn geworfen wurden, aber keine Alternative dazu hatten.

24. Tony Benn wurde kurz danach als Minister entlassen, aber als direktes Ergebnis unserer Agitation zum Thema Arbeiterverwaltung bei British Leyland hat die Bürokratie der TGWU-Gewerkschaft eine stark verwässerte eigene Version namens "Beteiligung" vorlegte, die allerdings mehr Fallen als Vorteile beinhaltete, darunter die sehr gefährliche Falle des Betriebsgeheimnis. Dies führte zu einer Situation, in der Gewerkschaftsvertreter von großen Veränderungen des Geschäftsplanes erfuhren, welche die Arbeitsplätze ihrer Mitglieder betrafen, aber diese Information aufgrund des Betriebsgeheimnisses nicht weiter geben konnten.

25. Die Forderung nach der Drittelparität diene als Mittel zur Steigerung des Klassenbewusstseins in dem die Frage aufgeworfen wird: "In wessen Interessen werden die Industrien geführt?". Es war nicht als allgemeingültige Forderung gemeint, die willkürlich in allen möglichen Situation angewandt werden sollte. Die Forderung schaffte es, eine reale Situation (wie die Pleite von British Leyland) zu konkretisieren, wo die Parolen von Arbeiterkontrolle und -Verwaltung nicht ausreichend wären und vor allem die Stalinisten und Reformisten aus der Verantwortung entlassen hätten.

26. Wir haben diese Vorstellung beispielsweise nicht angewandt, als wir geschrieben haben, dass die Labour-Regierung die 200 größten Monopole unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -Verwaltung verstaatlichen sollte. Wir haben nicht gesagt, dass diese Monopole nach ihrer Verstaatlichung von Gremien verwaltet werden sollten, die die erwähnte Drittelparität aufweisen. In der Diskussion um diese Forderungen wurden andere Sachen angesprochen, wie das Bedürfnis nach einem sozialistischen Produktionsplan, oder nach einem sozialistischen Verkehrsplan, oder nach einem sozialistischen Energieplan. Die Frage die wir aufwerfen würden waren die nach den Bedürfnissen der Gesellschaft als ganzes. Brauchen wir wirklich all diese Autos, die gebaut werden? Was ist mit den öffentlichen Verkehrsmitteln. Warum sollte Strom- und Gasversorgung in Konkurrenz zueinander

stehen? In anderen Worten: die Frage der Kontrolle unter Berücksichtigung des Rechtes der Gemeinschaft auf Beteiligung an Entscheidung darüber, was hergestellt wird, wie es verteilt wird, wie viel für Gesundheit, Bildung, Kinderbetreuung und so weiter ausgegeben werden sollte.

27. Diese Forderungen haben wir uns nicht aus den Fingern gesaugt, sie entstammten vielmehr den konkreten Erfahrungen von Arbeitern in diesen Industrien.

28. Arbeiterverwaltung liegt dann vor, wenn die Arbeiter Kontrolle über die tagtäglichen Abläufe in den verstaatlichten Fabriken haben, mit all den oben erwähnten Einschränkungen, in einer Zeit, in der die Arbeiterklasse die Macht im Staat haben und individuelle Unternehmen unter die Kontrolle der sozialistischen Regierung genommen wurden. Die beiden Etappen werden durch den revolutionären Prozess selbst verbunden.

29. Die Bolschewistische Revolution war tatsächlich in einer bestimmten Phase (zwischen Februar und Oktober) in einer Periode der klassischen Doppelherrschaft. Die Doppelherrschaft in dieser Periode bestand darin, dass in all den größten Betrieben Räte existierten, die nicht nur die Abläufe in den Betrieben kontrollierten, wie den Produktionsprozess und die Personalpolitik und so weiter, sondern auch die Ein- und Ausfuhr von Gütern und Rohstoffen für die Fabriken. Die Arbeiterräte in den Fabriken bestimmten immer mehr, wie diese Güter verwendet und verteilt wurden, vor allem in der Periode September und Oktober 1917.

30. Die Produktionsmittel waren "rechtlich gesehen" immer noch in den Händen der privaten Kapitalisten und der Banken sowie der ausländischen Investoren, aber im tagtäglichen Betrieb konnten die Manager dieser Fabriken nichts machen ohne die Zustimmung der gewählten Arbeiterräte.

31. "Besitz und Privilegien", das heißt die regelmäßige Zahlung von Dividenden an die Aktionäre fanden zweifellos immer noch statt. Erst nachdem die Revolution siegreich war, das heißt, nachdem die Arbeiter die Macht im Staat erobert hatten und eine Arbeiterregierung unter Führung der Bolschewiki eingesetzt wurde, stand die Frage der Arbeiterverwaltung auf der Tagesordnung.

32. Sowohl Lenin und Trotzki glaubten, dass diese Frage vertagt werden konnte, da es andere dringende Probleme gab, mit denen man sich beschäftigen musste (so zum Beispiel die Frage der Beendigung der Beteiligung Russlands am Krieg gegen den Deutschen Imperialismus).

33. In der Tat verstaatlichten die Bolschewiki den größten Teil der Industrie erst ab Juni 1918. Bis zu diesem Zeitpunkt war die russische Industrie formal gesehen immer noch im Besitz der alten Kapitalistenklasse, die fast geschlossen auf die

Seite der Konterrevolution übergewechselt war.

34. Ist diese Forderung immer noch gültig? Ja! Trotz eines niedrigeren Bewusstseinsniveaus bezüglich der Rolle des Gewerkschaftsdachverbandes und einer zukünftigen Labour-Regierung, müssen wir unsere Forderungen an die fortgeschrittenen Schichten wenden. Formulierungen wie "Eine gewählte Versammlung mit Vertretern aus Gewerkschaften, Betrieben und Stadtteilen" zeugen von einem Verständnis dafür, dass sich die Gesellschaft im Wandel befindet und dass deshalb ein Bedarf nach einem Dialog mit den fortgeschrittenen Schichten der Arbeiterklasse besteht. In dem Verlauf dieses Dialoges werden diese Fragen mit zunehmender Schärfe gestellt werden, das gleiche gilt für unser Programm.

Leo Trotzki: Nationalisierte Industrie und Arbeiterselbstverwaltung

(Vorbemerkung: Der russische Revolutionär Leo Trotzki schrieb diesen Text im Juni 1938 im mexikanischen Exil. Darin beschäftigt er sich mit Verstaatlichungen anglo-amerikanischer Ölkonzerne durch die mexikanische Cardenas-Regierung.)

In den industriell rückständigen Ländern spielt ausländisches Kapital eine entscheidende Rolle. Weiterhin die relative Schwäche der nationalen Bourgeoisie im Verhältnis zum nationalen Proletariat. Hierdurch entstehen spezifische Bedingungen für die Staatsmacht. Die Regierung laviert zwischen ausländischem und inländischem Kapital, zwischen der schwachen nationalen Bourgeoisie und dem relativ mächtigen nationalen Proletariat. Dies verleiht der Regierung einen bonapartistischen Charakter sui generis, einer ganz bestimmten Art. Sie erhebt sich selbst, um es so auszudrücken, über die Klassen. In Wirklichkeit hat die Regierung zwei Möglichkeiten: entweder macht sie sich zum Instrument des ausländischen Kapitals und hält das Proletariat in den Ketten einer Polizeidiktatur; oder sie manövriert mit dem Proletariat und geht dabei sogar so weit, Zugeständnisse an das Proletariat zu machen, um auf diese Weise die Möglichkeit einer gewissen Freiheit gegenüber dem ausländischen Kapital zu gewinnen. Die gegenwärtige Politik (der mexikanischen Regierung 1938) befindet sich in der zweiten Phase: ihre größten Eroberungen sind die Enteignung der Eisenbahn und die Enteignung der Ölindustrien.

Diese Maßnahmen befinden sich vollständig innerhalb des Rahmens des Staatskapitalismus. Jedoch unterliegt der Staatskapitalismus selbst in einem halbkolonialen Land dem schweren Druck des privaten ausländischen Kapitals und seiner Regierungen und kann sich selbst nicht ohne die aktive Unterstützung der Arbeiter halten. Das ist der Grund, weshalb er versucht, einen beträchtlichen Teil der Verantwortung für den Verlauf der Produktion in den nationalisierten Branchen der Industrie den Arbeiterorganisationen zu übertragen, ohne die wirkliche Macht aus der Hand gleiten zu lassen.

Welche Politik sollte eine Arbeiterpartei in diesem Falle einschlagen? Es wäre freilich ein unheilvoller Irrtum, regelrechte Täuschung, zu meinen, der Weg zum Sozialismus vollzöge sich nicht über die proletarische Revolution, sondern über die Nationalisierung verschiedener Industriebranchen durch den bürgerlichen Staat und ihre Übertragung in die Hand der Arbeiterorganisationen.

Aber das steht nicht zur Debatte. Die bürgerliche Regierung hat selbst die Nationalisierung durchgeführt und ist gezwungen worden, die Beteiligung der Arbeiter

an der Verwaltung der nationalisierten Industrie zu erbitten. Man kann natürlich der Frage ausweichen, indem man die Tatsache anführt, dass die Teilnahme der Gewerkschaften an der Verwaltung der Unternehmen des Staatskapitalismus keine sozialistischen Ergebnisse bringen kann, wenn das Proletariat nicht die Macht ergreift. Aber so eine negative Politik auf revolutionärer Seite würde von den Massen nicht verstanden werden und würde opportunistische Positionen stärken. Für Marxisten handelt es sich nicht darum, den Sozialismus mit den Händen der Bourgeoisie zu bilden, sondern die Situationen auszunutzen, die sich innerhalb des Staatskapitalismus darbieten, und die revolutionäre Bewegung der Arbeiter voranzutreiben.

Die Teilnahme am bürgerlichen Parlament kann keine wichtigen positiven Resultate mehr hervorbringen; unter gewissen Bedingungen führt sie sogar zur Demoralisierung der Arbeiter-Abgeordneten. Aber das ist keine Argumentation für Revolutionäre zugunsten des Antiparlamentarismus.

Es wäre nicht richtig, die Politik der Arbeiterbeteiligung an der Verwaltung der nationalisierten Industrie mit der Teilnahme der Sozialisten in einer bürgerlichen Regierung (die wir Ministerialismus nannten) gleichzusetzen. Alle Mitglieder der Regierung sind durch die Bande der Solidarität miteinander verbunden. Eine Partei, die in der Regierung vertreten ist, ist verantwortlich für die ganze Politik der Regierung in ihrer Gesamtheit. Die Teilnahme an der Verwaltung gewisser Industriebranchen dagegen gibt Gelegenheit zu politischer Opposition. Im Falle, dass die Arbeitervertreter in der Verwaltung in der Minderheit sind, können sie ihre Vorschläge, die von der Mehrheit abgelehnt wurden, erklären und veröffentlichen, sie den Arbeitern zur Kenntnis bringen usw.

Die Beteiligung der Gewerkschafter an der Verwaltung der nationalisierten Industrie kann mit der Teilnahme von Sozialisten an städtischen Regierungen verglichen werden, wo die Sozialisten manchmal eine Mehrheit gewinnen und gezwungen sind, eine wichtige städtische Wirtschaft zu leiten, während die Bourgeoisie weiterhin die Herrschaft im Staat hat und bürgerliche Eigentumsrechte weiterhin gelten. Die Reformisten in der Stadtverwaltung passen sich passiv dem bürgerlichen Regime an. Revolutionäre auf diesem Gebiet tun alles, was sie können, im Interesse der Arbeiter, gleichzeitig wissen sie bei jedem Schritt, dass Stadtpolitik ohnmächtig ist ohne die Eroberung der Staatsmacht.

Der Unterschied besteht gewiss darin, dass die Arbeiter auf dem Gebiet der Stadtregierung gewisse Positionen mit den Mittel demokratischer Wahlen gewinnen, während es auf dem Gebiet der nationalisierten Industrie die Regierung selbst ist, die sie zur Übernahme gewisser Positionen einlädt. Aber dieser Unterschied hat rein formalen Charakter. In beiden Fällen ist die Bourgeoisie gezwungen, den Ar-

beitern gewisse Sphären der Aktivität zu überlassen. Die Arbeiter nutzen diese in ihrem eigenen Interesse.

Es wäre leichtsinnig, vor den Gefahren die Augen zu schließen, die sich aus der Situation ergeben, in der die Gewerkschaften eine führende Rolle in der nationalisierten Industrie spielen. Die Grundlage der Gefahr besteht in der Verbindung der obersten Gewerkschaftsführer mit dem Apparat des Staatskapitalismus, in der Verwandlung beauftragter Vertreter des Proletariats in Geiseln des bürgerlichen Staates. Aber wie groß diese Gefahr auch immer sein mag, so stellt sie doch nur einen Teil einer allgemeinen Gefahr dar, genauer gesagt einer allgemeinen Krankheit, das ist die bürgerliche Entartung der gewerkschaftlichen Apparate in der imperialistischen Epoche, nicht nur in den alten Metropolen, sondern auch in den kolonialen Ländern. Die Gewerkschaftsführer sind in einer überwältigenden Mehrzahl der Fälle politische Agenten der Bourgeoisie und ihres Staates. In der nationalisierten Industrie können sie direkte administrative Agenten werden, und sie sind schon dabei.

Hiergegen gibt es keinen anderen Kurs als den allgemeinen Kampf für die Unabhängigkeit der Arbeiterbewegung, besonders durch die Bildung fester revolutionärer Kerne innerhalb der Gewerkschaften, die in der Lage sind, für eine Klassenpolitik und für eine revolutionäre Zusammensetzung der führenden Körperschaften zu kämpfen, während sie gleichzeitig die Einheit der Gewerkschaftsbewegung aufrecht erhalten.

Eine Gefahr anderer Art liegt in der Tatsache, dass die Banken und andere kapitalistische Unternehmen, von denen eine gegebene Branche der nationalisierten Industrie im ökonomischen Sinne abhängt, besondere Methoden der Sabotage anwenden könnten und werden, der Arbeiterverwaltung Hindernisse in den Weg zu legen, sie diskreditieren und in ein Desaster stoßen. Die reformistischen Führer werden versuchen, diese Gefahr abzuwehren, indem sie sich sklavisch an die Bedürfnisse der kapitalistischen besonders der Banken, anpassen. Die revolutionären Führer werden dagegen aus der Sabotage durch die Banken die Schlussfolgerung ziehen: dass es notwendig ist, die Banken zu enteignen und eine einzige Nationalbank zu errichten, die die Rechnungsstelle für die ganze Wirtschaft ist. Natürlich muss diese Frage unlösbar mit der Frage der Machteroberung durch die Arbeiterklasse verbunden sein.

Die verschiedenen kapitalistischen Unternehmen, nationale und ausländische, werden unvermeidlich mit den Staatsinstitutionen eine Verschwörung beginnen, um der Arbeiterverwaltung der nationalisierten Industrie Hindernisse in den Weg zu legen. Auf der anderen Seite müssen sich die Arbeiterorganisationen, die an der Verwaltung verschiedener Branchen der nationalisierten Industrie beteiligt sind,

zusammenschließen, um ihre Erfahrungen auszutauschen, müssen sich gegenseitig ökonomische Unterstützung geben, müssen mit vereinten Kräften über die Regierung, über die Kreditbedingungen usw., Einfluss zu nehmen suchen. Natürlich muss so ein zentrales Büro der Arbeiterverwaltung der nationalisierten Branchen der Industrie in engem Kontakt mit den Gewerkschaften stehen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass dieses neue Arbeitsfeld beides - sowohl größte Chancen als auch größte Gefahren - bietet. Die Gefahren bestehen darin, dass der Staatskapitalismus durch Vermittlung der kontrollierten Gewerkschaften die Arbeiter in Schach halten kann, sie grausam ausbeuten und ihren Widerstand paralisieren kann. Die revolutionären Möglichkeiten bestehen darin, dass die Arbeiter auf der Grundlage ihrer Stellung in außerordentlich wichtigen Industriebranchen den Angriff gegen alle Kräfte des Kapitals und gegen den bürgerlichen Staat führen können. Welche der Möglichkeiten wird siegen und innerhalb welcher Zeitspanne? Das kann man natürlich unmöglich vorhersagen. Das hängt vollständig vom Kampf der verschiedenen Tendenzen innerhalb der Arbeiterklasse ab, von der Erfahrung der Arbeiter selbst, von der Weltlage. Auf jeden Fall: um diese neue Form der Aktivität im Interesse der Arbeiterklasse zu nutzen und nicht im Interesse der Arbeiterbürokraten und Arbeiterbürokratie, muss nur eine Bedingung erfüllt sein: dass eine revolutionäre, marxistische Partei existiert, die sorgfältig jede Form der Aktivitäten der Arbeiterklasse studiert, jede Abweichung kritisiert, die Arbeiter erzieht und organisiert, Einfluss in den Gewerkschaften gewinnt und eine revolutionäre Arbeitervertretung in der nationalisierten Industrie gewährleistet.

Leo Trotzki: Die Gewerkschaften in der Epoche des imperialistischen Niedergangs

(geschrieben im August 1940 - Das Manuskript des folgenden Artikels wurde in Trotzki's Schreibtisch gefunden. Es stellt in keiner Weise einen fertigen Artikel dar, sondern lediglich einige Notizen für eine Arbeit über das im Titel angedeutete Thema, die Trotzki kurz vor seinem Tode zu Papier gebracht hatte. Zuerst veröffentlicht in englischer Sprache in der Zeitschrift Fourth International, Februar 1941)

Es gibt in der Entwicklung, oder besser, in der Degeneration der gegenwärtigen Gewerkschaftsorganisationen der ganzen Welt einen allen gemeinsamen Zug: die Annäherung an die Staatsgewalt und das Verschmelzen mit ihr. Dieser Prozess charakterisiert die unpolitischen Gewerkschaften in gleicher Weise wie die sozialdemokratischen, kommunistischen und „anarchistischen“. Allein diese Tatsache beweist schon, dass die Tendenz zum Verwachsen mit der Staatsgewalt nicht aus dieser oder jener Doktrin, sondern aus allgemein gesellschaftlichen Bedingungen entspringt, denen alle Gewerkschaften in gleicher Weise unterworfen sind.

Der Monopolkapitalismus fußt nicht auf Privatinitiative und freier Konkurrenz, sondern auf zentralisiertem Kommando. Die kapitalistischen Cliquen an der Spitze mächtiger Trusts, Syndikate, Bankkonsortien usw. sehen das Wirtschaftsleben von ganz denselben Höhen wie die Staatsgewalt und benötigen bei jedem Schritt deren Mitarbeit. Ihrerseits finden sich die Gewerkschaften in den wichtigsten Zweigen der Industrie der Möglichkeit beraubt, die Konkurrenz zwischen den verschiedenen Unternehmen auszunützen. Sie haben einem zentralisierten, eng mit der Staatsgewalt verbundenen kapitalistischen Widersacher zu begegnen. Für die Gewerkschaften – soweit sie auf reformistischem Boden bleiben, das heißt soweit sie sich dem Privateigentum anpassen – entspringt hieraus die Notwendigkeit, sich auch dem kapitalistischen Staate anzupassen und die Zusammenarbeit mit ihm zu erstreben.

Die Gewerkschaftsbükratie sieht ihre Hauptaufgabe darin, den Staat aus der Umklammerung des Kapitalismus zu „befreien“, seine Abhängigkeit von den Trusts zu mildern und ihn auf ihre Seite zu ziehen. Diese Einstellung entspricht vollkommen der sozialen Lage der Arbeiteraristokratie und Arbeiterbürokratie, die beide um einen Abfallbrocken aus den Überprofiten des imperialistischen Kapitalismus kämpfen. Die Gewerkschaftsbükraten leisten in Wort und Tat ihr Bestes, um dem „demokratischen“ Staat zu beweisen, wie verlässlich und unentbehrlich sie im Frieden und besonders im Kriege sind. Indem der Faschismus die Gewerkschaften in Organe des Staates verwandelt, erfindet er nichts Neues; er

entwickelt nur die dem Imperialismus innewohnenden Tendenzen zu ihrer letzten Schlussfolgerung.

Die kolonialen und halb-kolonialen Länder stehen nicht unter der Herrschaft eines einheimischen Kapitalismus, sondern unter jener des ausländischen Imperialismus. Diese Tatsache jedoch schwächt nicht, sondern im Gegenteil, stärkt das Bedürfnis nach direkten, täglichen praktischen Bindungen zwischen den kapitalistischen Magnaten und den ihnen im wesentlichen unterworfenen Regierungen der kolonialen und halb-kolonialen Länder.

Soweit der imperialistische Kapitalismus in den Kolonien und Halbkolonien eine Schicht der Arbeiteraristokratie und Arbeiterbürokratie erzeugt, benötigt diese die Unterstützung kolonialer und halb-kolonialer Regierungen: als Beschützer, Herren und manchmal als Schiedsrichter. Dies bildet die wichtigste soziale Grundlage für den bonapartistischen Charakter der Regierungen der Kolonien und der zurückgebliebenen Länder überhaupt. Dies ist in gleicher Weise die Ursache für die Abhängigkeit der reformistischen Gewerkschaften vom Staate.

In Mexiko wurden die Gewerkschaften durch ein Gesetz in halb-staatliche Einrichtungen verwandelt und nahmen dadurch, der Natur der Dinge entsprechend, halb-totalitären Charakter an. Die Verstaatlichung der Gewerkschaften wurde, nach dem Konzept der Gesetzgeber, im Interesse der Arbeiter durchgeführt, um ihnen Einfluss auf Regierung und Wirtschaftsleben zu sichern.

Aber soweit der Nationalstaat vom ausländischen Kapitalismus beherrscht wird und soweit dieser mit Hilfe einheimischer reaktionärer Kräfte in der Lage ist, die unbeständige Demokratie zu stürzen und durch eine offene faschistische Diktatur zu ersetzen, können die Gewerkschaftsgesetze leicht zu einer Waffe in der Hand der imperialistischen Diktatur werden.

Auf den ersten Blick könnte man versucht sein, aus dem eben Ausgeführten den Schluss zu ziehen, dass die Gewerkschaften in der imperialistischen Epoche aufhören, Gewerkschaften zu sein.

Sie lassen kaum Raum für Arbeiterdemokratie, welche in der „guten alten Zeit“, als in der Wirtschaft der freie Handel herrschte, den Inhalt des inneren Lebens der Arbeiterorganisationen darstellte. Wo keine Arbeiterdemokratie vorhanden ist, kann von einem freien Kampf um die Beeinflussung der Mitglieder keine Rede sein. Daher verschwindet das Hauptarbeitsgebiet für Revolutionäre innerhalb der Gewerkschaften.

Eine solche Stellungnahme wäre jedoch grundfalsch. Wir können weder das Feld, noch die Bedingungen für unsere Arbeit nach unseren Wünschen wählen. In einem totalitären oder halb-totalitären Staate ist es unendlich schwerer, um den Ein-

fluss über die Arbeitermassen zu kämpfen, als in einer Demokratie. Dasselbe gilt für die Gewerkschaften, deren Entwicklung den Wechsel im Schicksal der kapitalistischen Staaten widerspiegelt. Wir können den Kampf um die Beeinflussung der Arbeiter in Deutschland nicht aufgeben, bloß weil das totalitäre Regime eine solche Arbeit ungeheuer erschwert. Wir können in genau der gleichen Weise nicht auf den Kampf innerhalb der vom Faschismus geschaffenen Zwangsorganisationen verzichten. Umso weniger können wir die systematische Arbeit innerhalb der Gewerkschaften totalitären oder halb-totalitären Charakters aufgeben, bloß weil sie direkt oder indirekt vom Staate abhängen oder weil die Bürokratie den Revolutionären die Möglichkeit freier Arbeit innerhalb der Gewerkschaften raubt. Es ist notwendig, den Kampf unter all den konkreten Bedingungen zu führen, die durch die vorhergehende Entwicklung geschaffen wurden, in sie eingeschlossen die Fehler der Arbeiter und die Verbrechen ihrer Führer.

In den faschistischen und halb-faschistischen Ländern ist es unmöglich, revolutionäre Arbeit zu leisten, außer im Untergrund. In den totalitären oder halb-totalitären Gewerkschaften ist es unmöglich, andere als konspirative Arbeit zu leisten. Wir müssen uns den konkreten Bedingungen innerhalb der Gewerkschaften eines jeden Landes anpassen, um die Massen nicht nur gegen die Bourgeoisie zu mobilisieren, sondern auch gegen das totalitäre Regime innerhalb der Gewerkschaften selbst und gegen die Führer, welche dieses Regime aufrecht erhalten. Die Hauptlosung in diesem Kampf lautet: *Vollständige und bedingungslose Unabhängigkeit der Gewerkschaften vom kapitalistischen Staat*. Dies bedeutet einen Kampf für die Umwandlung der Gewerkschaften von einem Organ der Arbeiteraristokratie in ein Organ der breiten, ausgebeuteten Massen.

Die zweite Losung lautet: *Gewerkschaftsdemokratie*. Diese zweite Losung entspringt unmittelbar aus der ersten und setzt für ihre Verwirklichung die vollkommene Freiheit der Gewerkschaften vom imperialistischen oder kolonialen Staate voraus.

Mit anderen Worten: Die Gewerkschaften der gegenwärtigen Epoche können nicht einfach Organe der Demokratie sein, wie sie es im Zeitalter des freien Kapitalismus waren; sie können nicht weiterhin politisch neutral bleiben, das heißt, sich darauf beschränken, den Tagesbedürfnissen der Arbeiterklassen zu dienen.

Sie können nicht mehr anarchistisch sein, das heißt, den entscheidenden Einfluss des Staates auf das Leben von Völkern und Klassen ignorieren. Sie können nicht mehr reformistisch sein, da die objektiven Bedingungen keinen Raum mehr für ernsthafte und dauernde Reformen lassen. Die Gewerkschaften unserer Zeit können entweder als Hilfsinstrumente des imperialistischen Kapitalismus dienen, um die Arbeiter unterzuordnen, sie zu disziplinieren und die Revolution zu verhin-

dern, oder sie können im Gegenteil die Instrumente der revolutionären Bewegung des Proletariats werden.

Die Neutralität der Gewerkschaften gehört ebenso vollständig der Vergangenheit an wie die freie bürgerliche Demokratie.

Aus dem Vorhergehenden folgert ganz klar, dass trotz fortschreitender Degeneration der Gewerkschaften und trotz ihres Verwachsens mit dem imperialistischen Staat die Arbeit innerhalb der Gewerkschaften nicht nur nichts von ihrer Wichtigkeit einbüßt, sondern als eine Notwendigkeit nach wie vor bestehen bleibt und in gewissem Sinne für jede revolutionäre Partei sogar noch wichtiger denn je wird. Die Sache, um die es nach wie vor geht, ist hauptsächlich der Kampf um den Einfluß auf die Arbeiterklasse. Jede Organisation, Partei oder Fraktion, die sich den Gewerkschaften gegenüber eine ultimativistische Stellungnahme erlaubt, das heißt, der Arbeiterklasse im Wesen den Rücken zuwendet, bloß weil ihr deren Organisationen nicht gefallen, ist zum Untergang bestimmt. Und es muß gesagt werden, sie verdient den Untergang.

Insofern die Hauptrolle in zurückgebliebenen Ländern nicht von einheimischem, sondern von ausländischem Kapital gespielt wird, nimmt die nationale Bourgeoisie, vom Standpunkt ihrer gesellschaftlichen Lage gesehen, eine weit unbedeutendere Stellung ein, als ihr auf Grund der industriellen Entwicklung entsprechen würde. Insofern das ausländische Kapital nicht Arbeiter einführt, sondern die eingeborene Bevölkerung proletarisiert, beginnt das nationale Proletariat bald die wichtigste Rolle im Leben des Landes zu spielen. Unter diesen Umständen ist die Regierung, so weit sie dem ausländischen Kapitalismus Widerstand zu leisten versucht, gezwungen, sich mehr oder weniger auf das Proletariat zu stützen. Auf der anderen Seite werden von den Regierungen jener zurückgebliebenen Länder, die es für unvermeidlich oder gewinnbringender halten, Schulter an Schulter mit dem ausländischen Kapital zu marschieren, die Arbeiterorganisationen vernichtet, und es wird ein mehr oder weniger totalitäres Regime gebildet.

So entziehen die Schwäche der einheimischen Bourgeoisie, das Fehlen einer Tradition von Selbstverwaltung in den Gemeinden, der Druck des ausländischen Kapitalismus und das relativ schnelle Anwachsen des Proletariats einem beständigen demokratischen Regime jede Grundlage. Die Regierungen zurückgebliebener, das heißt kolonialer und halbkolonialer Länder nehmen früher oder später einen bonapartistischen Charakter an; sie unterscheiden sich voneinander dadurch, dass die einen versuchen, sich in demokratischer Richtung zu orientieren und ihre Stütze unter den Arbeitern und Bauern finden, während die anderen der Militär- und Polizeidiktatur sehr ähnliche Regime errichten. Dies bestimmt gleicherweise das Schicksal der Gewerkschaften. Sie stehen entweder unter dem besonderen Schutz

des Staates, oder sie sind grausamen Verfolgungen ausgesetzt. Der Schutz von Seiten des Staates wird durch zwei Aufgaben bestimmt, die ihm gestellt sind: Die erste ist, die Arbeiter näher an sich heranzuziehen und so eine Unterstützung für den Widerstand gegen übermäßige Anmaßungen von Seiten des Imperialismus zu gewinnen; zur gleichen Zeit sollen die Arbeiter selbst dadurch diszipliniert werden, dass sie unter die Kontrolle einer Bürokratie gestellt werden.

Der Monopolkapitalismus ist immer weniger gewillt, sich mit der Unabhängigkeit der Gewerkschaften abzufinden. Er verlangt von der reformistischen Bürokratie und der Arbeiteraristokratie, welche die Brosamen von seiner Festtafel auflesen, dass sie sich vor den Augen der Arbeiterklasse in seine politische Polizei verwandeln. Kann das nicht erreicht werden, so wird die Arbeiterbürokratie vertrieben und durch die Faschisten ersetzt. Aber alle Anstrengungen im Dienst des Imperialismus können sie auf die Dauer nicht vor der Vernichtung retten.

Die Verschärfung der Klassengegensätze innerhalb eines jeden Landes und die Verschärfung der Feindschaft zwischen den verschiedenen Ländern schaffen eine Situation, in welcher der imperialistische Kapitalismus eine reformistische Bürokratie nur dulden kann (d.h. bis zu einer bestimmten Zeit), wenn diese direkt als kleiner, aber aktiver Aktionär seiner imperialistischen Unternehmung dient: als Teilhaber seiner Pläne und Programme sowohl innerhalb des Landes als auch in der Weltarena. Der Sozialreformismus muss sich, um sein Dasein zu verlängern – aber nur, um es zu verlängern, und nichts mehr – in Sozialimperialismus verwandeln. Denn auf diesem Wege gibt es im allgemeinen keinen Ausweg.

Soll dies heißen, dass unabhängige Gewerkschaften in der imperialistischen Epoche im allgemeinen unmöglich sind? Es würde grundsätzlich falsch sein, die Frage so zu stellen. Unmöglich sind die unabhängigen oder halbunabhängigen reformistischen Gewerkschaften. Voll und ganz möglich sind aber revolutionäre Gewerkschaften, welche nicht nur nicht Aktionäre der imperialistischen Politik sind, sondern welche sich den direkten Sturz der kapitalistischen Herrschaft zur Aufgabe stellen. Im Zeitalter des imperialistischen Verfalls können die Gewerkschaften nur dann wirklich unabhängig sein, wenn sie sich bewusst werden, dass sie in ihrer Tätigkeit die Organe der proletarischen Revolution sind. In diesem Sinne ist das vom letzten Kongress der Vierten Internationale angenommene Übergangsprogramm nicht nur das Programm für die Tätigkeit der Partei, sondern in seinen Grundzügen auch das Programm für die Tätigkeit der Gewerkschaften.

Für die Entwicklung der rückständigen Länder ist ihr kombinierter Charakter eigentümlich. Mit anderen Worten: die letzten Errungenschaften imperialistischer Technik, Ökonomie und Politik werden in diesen Ländern mit traditioneller Rückständigkeit und Primitivität kombiniert. Diese Regel kann auf den verschiedens-

ten Entwicklungsgebieten kolonialer und halbkolonialer Länder beobachtet werden, einschließlich des Gebietes der Gewerkschaftsbewegung. Der imperialistische Kapitalismus arbeitet hier in seiner zynischsten und unverhülltesten Form. Er bringt die vollendetsten Methoden seiner tyrannischen Herrschaft auf jungfräulichen Boden.

In der Gewerkschaftsbewegung der ganzen Welt ist in der letzten Periode ein Ruck nach rechts und die Unterdrückung der inneren Demokratie zu beobachten. In England wurde die Minoritätsbewegung innerhalb der Gewerkschaften (nicht ohne die Hilfe Moskaus) unschädlich gemacht; die Gewerkschaftsführer sind heute, besonders auf dem Gebiet der auswärtigen Politik, die gehorsamen Agenten der Konservativen Partei.

In Frankreich war kein Platz für die unabhängige Existenz stalinistischer Gewerkschaften; sie vereinigten sich mit den sogenannten anarcho-syndikalistischen Gewerkschaften unter der Führung von Jouhaux, und als Ergebnis dieser Vereinigung fand ein allgemeiner Ruck der Gewerkschaftsbewegung nicht nach links, sondern nach rechts statt. Die Führerschaft der C.G.T. ist die direkteste und offenste Agentur des französischen Imperialismus.

In den Vereinigten Staaten hat die Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren eine äußerst stürmische Entwicklung durchgemacht. Die Gründung der CIO ist der unwiderlegliche Beweis für die revolutionären Tendenzen innerhalb der arbeitenden Massen. Im höchsten Grade bezeichnend und bemerkenswert ist jedoch die Tatsache, dass die neue „linke“ Gewerkschaftsorganisation, kaum gegründet, auch schon in die eiserne Umarmung durch den imperialistischen Staat fiel. Der Kampf zwischen den Leitungen der alten und der neuen Föderation kann weitgehend auf den Kampf um Roosevelts und seines Kabinettes Sympathie und Unterstützung reduziert werden.

Nicht weniger bezeichnend, wenn auch in anderem Sinne, ist das Bild der Entwicklung oder Degeneration der Gewerkschaftsbewegung in Spanien. Aus den sozialistischen Gewerkschaften wurden alle diejenigen führenden Elemente ausgeschlossen, die in irgend einer Weise die Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung verkörperten. Was die anarcho-syndikalistischen Gewerkschaften angeht, so wurden sie in Instrumente der bürgerlichen Republikaner umgewandelt: Die anarcho-syndikalistischen Führer wurden konservative bürgerliche Minister. Die Tatsache, dass sich diese Verwandlung unter den Bedingungen des Bürgerkriegs vollzog, schwächt ihre Bedeutung nicht. Der Krieg ist die Fortsetzung einer gleichbleibenden Politik.

Er beschleunigt Entwicklungen, legt ihre Grundzüge frei, zerstört alles, was morsch, falsch oder zweideutig ist und bringt alles Beständige ans Tageslicht. Der

Ruck der Gewerkschaften nach rechts wurde durch die Verschärfung der internationalen und der Klassengegensätze bedingt. Die Führer der Gewerkschaften fühlten, verstanden oder man gab es ihnen zu verstehen, dass es nicht mehr an der Zeit war, Opposition zu spielen. Jede oppositionelle Bewegung innerhalb der Gewerkschaften, besonders innerhalb ihrer Spitzen, droht eine stürmische Bewegung der Massen zu veranlassen und dem nationalen Imperialismus Schwierigkeiten zu bereiten. Hieraus entspringt der Ruck nach rechts und die Unterdrückung der Arbeiterdemokratie innerhalb der Gewerkschaften. Der Grundzug, die Annäherung an das totalitäre Regime, geht durch die Arbeiterbewegung der ganzen Welt.

Man sollte sich auch an Holland erinnern, wo die reformistische und die Gewerkschaftsbewegung nicht nur bedeutende Stützen des imperialistischen Kapitalismus waren, sondern wo die sogenannte anarcho-syndikalistische Organisation ebenfalls unter der Kontrolle der imperialistischen Regierung stand. Der Sekretär dieser Organisation, Sneevliet, war trotz seiner platonischen Sympathien für die Vierte Internationale als Abgeordneter im holländischen Parlament äußerst daran interessiert, nur nicht den Zorn der Regierung auf seine Gewerkschaft fallen zu lassen.

In den Vereinigten Staaten hat das Arbeitsministerium mit seiner linksgerichteten Bürokratie die Aufgabe, die Gewerkschaftsbewegung dem demokratischen Staate unterzuordnen, und es muß gesagt werden, dass bis heute diese Aufgabe mit einigem Erfolg bewältigt wurde.

Die Nationalisierung der Eisenbahnen und Ölfelder in Mexiko hat natürlich nichts mit Sozialismus zu tun. Sie ist eine staatskapitalistische Maßnahme in einem rückständigen Lande, das sich auf diese Weise einerseits gegen den ausländischen Imperialismus, andererseits gegen das eigene Proletariat zu verteidigen sucht. Die Verwaltung von Eisenbahnen, Ölfeldern usw. durch Arbeiterorganisationen hat nichts gemein mit der Kontrolle der Arbeiter über die Industrie, denn im wesentlichen liegt die Verwaltung in den Händen der Arbeiterbürokratie, welche unabhängig von den Arbeitern, dagegen aber vollständig abhängig vom bürgerlichen Staate ist. Diese Maßnahme seitens der herrschenden Klasse verfolgt das Ziel, die Arbeiterklasse zu disziplinieren, sie im Dienste der allgemeinen Staatsinteressen, welche sich bei oberflächlicher Betrachtung mit den Interessen der Arbeiterklasse selbst zu vermischen scheinen, zu mehr Fleiß anzuspornen. Tatsächlich besteht die ganze Aufgabe der Bourgeoisie darin, die Gewerkschaften als Organe des Klassenkampfes zu liquidieren und durch eine Gewerkschaftsbürokratie als dem Organ des bürgerlichen Staates zur Führung der Arbeiterklasse zu ersetzen. Unter diesen Umständen besteht die Aufgabe der revolutionären Vorhut darin, den Kampf für die vollständige Unabhängigkeit der Gewerkschaften und die Kontrolle der Arbeiter über die augenblickliche Gewerkschaftsbürokratie zu führen, wel-

che in eine Verwaltungsbehörde der Eisenbahnen, Ölfelder usw. umgewandelt worden ist.

Die Ereignisse der letzten Periode (vor dem Kriege) haben mit besonderer Klarheit gezeigt, dass der Anarchismus, welcher in der Theorie stets nur ins Extrem gesteigerter Liberalismus ist, in der Praxis nichts weiter als friedliche Propaganda innerhalb der demokratischen Republik darstellte, deren Schutz er benötigte. Wenn wir die individuellen terroristischen Anschläge usw. beiseite lassen, bot der Anarchismus als System der Massenbewegung und der Politik lediglich Propagandamaterial unter dem friedlichen Schutz der Gesetze. In Krisenzeiten haben die Anarchisten stets genau das Gegenteil dessen getan, was sie in Friedenszeiten gelehrt hatten. Darauf verwies schon Marx in Bezug auf die Pariser Kommune. Und das wiederholte sich in weit größerem Ausmaß bei den Erfahrungen der spanischen Revolution.

Demokratische Gewerkschaften im alten Sinne des Wortes, das heißt, Körperschaften, wo im Rahmen ein und derselben Massenorganisationen verschiedene Tendenzen mehr oder weniger frei kämpften, können nicht mehr länger bestehen. Es ist ebenso unmöglich, die alte Arbeiterdemokratie zurückzubringen, wie es unmöglich ist, den bürgerlich-demokratischen Staat wieder herzustellen; ihr Schicksal widerspiegelt das seine. Es ist eine Tatsache, dass die klassenmäßige Unabhängigkeit der Gewerkschaften hinsichtlich des bürgerlichen Staates unter den gegenwärtigen Bedingungen nur durch eine vollkommen revolutionäre Führung, das heißt, nur durch die der Vierten Internationale gesichert werden kann. Diese Führung kann und muss natürlich den Gewerkschaften das Höchstmaß der unter den augenblicklichen konkreten Bedingungen vorstellbaren Demokratie sichern. Aber ohne die politische Führung der Vierten Internationale ist die Unabhängigkeit der Gewerkschaften unmöglich.

1,50 Euro